

07 | März 2016

Attersee. REPORT

„Europa im Rettungsboot“

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Die Heilkraft der Distanz

Mentale Staudämme gegen den Zustrom

Interview mit Bürgermeister Dr. Andreas Rabl:
Der Entscheider

Jerzy Prokopiuk
Polen: Die Kehrseite des Prangers

Interview mit Univ.Prof. Helmut Detter:
Verdrossenheit in Rot

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Meinungsfreiheit mit Passierschein

G´schwätz von gestern und die Handschlagqualität

Klaus Nemetz
Abschottung als evolutionäres Erbe

Maskerade mit Stempel

Seminarbericht:
Was ist uns die Familie zukünftig wert?

Zeitfragen - Perspektiven - Impulse

attersee kreis frei denken

Inhalt

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Die Heilkraft der Distanz.....	Seite 5
Mentale Staudämme gegen den Zustrom.....	Seite 9
Interview mit Bürgermeister Andreas Rabl: Der Entscheider.....	Seite 15
Jerzy Prokopiuk Polen: Die Kehrseite des Prangers.....	Seite 21
Interview mit Univ.Prof. Helmut Detter: Verdrossenheit in Rot.....	Seite 26
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Meinungsfreiheit mit Passierschein.....	Seite 33
G´schwätz von gestern und die Handschlagqualität.....	Seite 37
Klaus Nemetz Abschottung als evolutionäres Erbe.....	Seite 38
Maskerade mit Stempel.....	Seite 41
Seminarbericht: Was ist uns die Familie zukünftig wert?.....	Seite 43

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer
 Alle: Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
 Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
 E-mail: kirschhofer@drei.at
 Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de / Wikipedia

www.atterseekreis.at

NAbg. a. D. KommR Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

„nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern“ heißt es. Die spöttische Bemerkung war kaum zuvor situationsgerechter als in unserer Zeit, in der pausenlos neue, zu meist schwerwiegende, leider aber nur höchst selten auch erfreuliche Dinge passieren. Es ist heutzutage nicht ganz leicht, mit den rasch wechselnden Situationen Schritt zu halten und die Veränderungen in all ihrer Vielfalt zu überblicken. Aktualität ist jedenfalls ein Kernelement des Journalismus. Sie dient freilich nicht nur dem Wunsch nach Information, sondern in einem vermutlich noch größerem Maße der Befriedigung simpler Neugier. Damit ist sie naturgemäß eine Domäne der „raschen“ Medien, also des Rundfunks, Fernsehens und der Tagespresse. Aktualität ist zugleich das Metier der wuseligen Reporter, die bisweilen noch vor Polizei und Feuerwehr an Unfallorten auftauchen, und überdies die berufliche Daseinsform der Leitartikler, die ihre Kommentare bisweilen aus der Hüfte schießen.

Ein Quarterly wie der Attersee-Report kann mit den Akrobaten der Aktualität nicht mithalten. Die Funktion des Mediums ist nach unserem Selbstverständnis die Beobachtung, Deutung und Bewertung von Vorgängen, die für unsere Gesellschaft Bedeutung haben. Unser Ehrgeiz ist es, geistig möglichst früh an den politischen „Tatorten“ zu sein und publizistische Signale zu versenden, auch auf die Gefahr hin, daß sie auf taube Ohren stoßen. Aber sind es auch die richtigen Signale? Wurde die gesellschaftspolitische Realität von der Redaktion bisher zutreffend beschrieben?

Um Aufschluß darüber zu gewinnen, habe ich ein wenig in den früheren Ausgaben nachgeblättert und bin dabei auf den im März 2015, also genau ein halbes Jahr vor Angela Merkels Startzeichen für die

Willkommenskultur erschienenen Attersee-Report gestoßen. Die damals unter dem Motto: „Im Schatten des Orients“ von uns verfaßten Beiträge standen noch in einem schroffen Gegensatz zu den von Berlin, Wien und den Bischöfen verordneten politischen Sitten. Zugleich durchbrachen unsere Überlegungen die vom links-grünen Zeitgeist errichteten Tabus. Mit mehr Bedauern als ungetrübter Freude stellen wir aus heutiger Sicht fest, daß sich unsere Situationsbeschreibung exakt bestätigt hat.

Unabhängig von dieser subjektiven Selbsteinschätzung unseres Tuns interessiert es die Redaktion natürlich, wie der Attersee-Report von außen, also von Ihnen, verehrte Leserin und verehrter Leser, gesehen wird und was wir besser machen sollten. Wie sehr sind Sie mit unserer Themenwahl einverstanden, wie beurteilen Sie den Informationsgehalt des Magazins, wie ist Ihr Urteil über die Schreibweise und Länge der Artikel? Und natürlich sind wir auch neugierig, welche Meinungen Sie persönlich zum Zeitgeschehen vertreten und welche Art von Problemen Sie beschäftigt.

Zum beschriebenen Zweck haben wir einen Fragebogen erstellt, der diesem Heft samt Rückkuvert beiliegt. Die Befragung ist anonym (ohne Unterschrift oder Absender); die Antworten unterliegen selbstverständlich strengster Vertraulichkeit. Sie dienen nur der Analyse der Gruppenmeinung. Das Ausfüllen (Einringeln der Antworten) dauert maximal 8 Minuten. Bitte schenken Sie uns diese knappe Zeit und sagen Sie uns Ihre ungeschminkte Meinung.

Haben Sie im voraus vielen Dank für Ihre Mühe!

Mit besten Grüßen,

KR. Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Kalender belehrt uns, daß es erst ein paar Monate her ist, seit Angela Merkel die verhängnisvolle Einladung an Orientalen und Afrikaner richtete, in das zentraleuropäische Mekka zu flüchten und Österreichs Regierung sich eifertig an die Fersen der deutschen Kanzlerin heftete. Für die Bevölkerung war Jubel angesagt; Besorgnis und Zweifel am Geschehen wurden politisch geächtet. Angst ist jedoch keine moralische Kategorie. Das Gefahrenbewußtsein ist vielmehr ein lebensnotwendiger Schutzmechanismus. Auch für die eigene Bevölkerung.

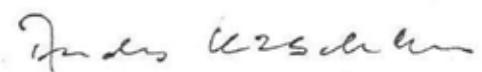
Inzwischen ist das Pathos der Merkel'schen Appeasementpolitik verhallt. Auch um Schönredner und Gesinnungspolizisten ist es recht still geworden. Niemals zuvor erlebten Leitartikler, Politologen und Talkmaster ein größeres Fiasko, niemals zuvor waren ihre Blamagen schmerzhafter als jetzt, in der täglichen Widerlegung ihrer gestrigen Behauptungen. Ergebnis der Fehleinschätzungen: Europa befindet sich nun selbst im Rettungsboot und rudert orientierungslos im Kreis, weil niemand da ist, der mit sicherer Hand das Steuer führt. In Berlin steht eine Frau auf der Brücke und gibt Kommandos, die niemand mehr hören mag, in Wien gibt es mindestens zwei Admirale, die sich aber mit der Seekarte nicht auskennen und auf ihrem Zickzackkurs immer wieder mit anderen Rettungsbooten kollidieren. Im Grunde weiß keiner der europäischen Kapitäne, wo ein einigermaßen sicherer Hafen liegt. Die Armada unter der Flagge der EU ist insgesamt in eine dichte Nebelbank geraten und treibt ihrem Trafalgar zu.

Der Vergleich mit der heutigen Situation Europas darf, zumindest was die Orientierungslosigkeit betrifft, Gültigkeit beanspruchen. Kein Zweifel: Die schicksalhafte Krise hat längst eine Eigendynamik entwi-

ckelt. Der alte Kontinent ist unter dem Eindruck des orientalisch-afrikanischen Massenzustroms völlig aus den Fugen geraten. Wie gern würde man dem Megathema unserer Zeit ausweichen und über anderes nachdenken, als über das Unheil, das sich großflächig ausbreitet und metastasenartig immer neue politische Tochtergeschwülste bildet. Unter dem Zwang der Unausweichlichkeit hat sich die Redaktion bei der Gestaltung der vorliegenden Ausgabe auf die Behandlung von Problemen konzentriert, denen als Einflußfaktoren auf des Geschehen eine besondere Bedeutung zukommt. Dazu zählt u.a. die Frage, welche Begegnungsmuster zwischen Einheimischen und Fremden, aber auch zwischen den europäischen Nationen einer Integration förderlich oder hinderlich sind. Berücksichtigt wurden in diesen Essays die Ansichten namhafter Denker, wie z.B. Peter Sloterdijk.

Wichtig erschien es uns auch, die öffentliche Meinung von Österreichern und Deutschen zu diversen Aspekten der Causa Prima anhand von aktuellen Befunden darzustellen und andererseits das Medienverhalten kritisch zu durchleuchten. Diesem Vorhaben dient auch der Einblick, den der namhafte polnische Demoskop Jerzy Prokopiuk in die Gefühlsbeziehungen seiner Landsleute zur EU bietet. Schwerpunkte des vorliegenden Attersee Reports sind nicht zuletzt die Interviews, die wir mit zwei prominenten österreichischen Persönlichkeiten geführt haben. In dem einem erläutert der Technologieexperte Univ.Prof. Helmut Detter die Gründe seines tiefen Verdrusses an der SPÖ, der er Jahrzehnte hindurch fest verbunden war. Aus dem anderen wird spürbar, warum man den Welser Bürgermeister Andreas Rabl mit Fug und Recht als einen österreichischen Ausnahmepolitiker betrachten darf.

Herzlichst,



Chefredakteur

Die Heilkraft der Distanz

Gegensätze ziehen sich im sozialen Bereich nicht an – Freiraum schafft Nähe

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Gedachtes, aber realitätsnahes Reaktionsexperiment mit Willkommenspolitikern in Wien und Berlin. Der Politiker wird aus dem Tiefschlaf geweckt und muß unvermittelt eine Frage beantworten. Sie lautet: „Was ist das Rezept gegen die Flüchtlingskrise?“ Spontaner Reflex des Politikers: „Integration“.

Nachfrage: „Wie gelingt Integration?“ Politiker: „Sprache erlernen.“

Zweite Nachfrage: „Was geschieht, wenn die Integration mißlingt?“ Politiker: „Sie wird nicht mißlingen“

Dritte Nachfrage: „Und wenn sie trotzdem mißlingt, wenn Deutsch nur von einem kleinen Teil der Migranten erlernt und allenfalls im Beruf gesprochen wird, wenn es nur wenige passende Arbeitsplätze für die Zugewanderten gibt, wenn der Frust der Migranten in Gewalt umschlägt, wenn es statt dem Zusammenwachsen mit der einheimischen Bevölkerung zu Getto-bildungen und immer tieferer Spaltung kommt?“

Politiker-Antwort: „?????“

Genau in diesen Fragezeichen manifes-

tiert sich das eigentliche Problem. Dies ist, um J.W. Goethes Faust zu zitieren, „des Pudels Kern“.

Inzwischen stecken wir schon mitten in der Phase des Mißlingens der Integration und fangen an, immer mehr dessen Folgen im Alltag zu spüren.

Am Flüchtlingsproblem scheiden sich die Geister mit fatalen Folgen: Die Zuwanderung vertieft die Kluft zwischen politischen Entscheidern und Bevölkerung, sie sprengt den Zusammenhalt von Sozialpartnern und Standesvertretungen, beschädigt das Vertrauen der Leser und Fernsehzuschauer zu Zeitungen und ORF und sät Zweifel in unsere Rechtsordnung. Das alles schwächt den Staat als Ganzes und sein Immunsystem für die Bewältigung von Krisen.

Das Auseinanderdriften von wichtigen Bauelementen unserer Gesellschaft, insbesondere aber zwischen Staatsführung und Staatsvolk steht in einem merkwürdigen Widerspruch zum einstweilen noch

passablen wirtschaftlichen Wohlstand des Landes. Dies widerlegt zugleich die gängige Meinung, daß die Zufriedenheit einer Gesellschaft nahezu ausschließlich von gut gefüllten Bäuchen abhängt. Insofern ist es falsch, die Entwicklung des Bruttosozialprodukts als wichtigstes Meßkriterium des sozialen Wohlbefindens heranzuziehen, wie das häufig geschieht. Ebenfalls widerlegt wird durch das heutige Geschehen die volkstümliche Behauptung „Gegensätze ziehen sich an“. Dieser Spruch gilt jedenfalls nicht für eine so schroffe ethnische Gegensätzlichkeit, wie sie zwischen den islamisch geprägten Verhaltenskulturen des Orients und der westlichen Vorbildgesellschaft besteht. Wie aus empirischen Befunden hervorgeht, identifizieren sich bestenfalls 13-15 Prozent der Österreicher und Deutschen mit der Aussage „Die Zuwanderer aus dem Nahen Osten und Nordafrika sind Menschen wie Du und ich und passen problemlos zu uns“; weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung vermißt die Anpassungsbereitschaft der

“ ...die Zuwanderung vertieft die Kluft zwischen politischen Entscheidern und Bevölkerung...

Migranten und ist überzeugt, daß wir die angerückten Massen auf Dauer nicht verkraften können. (Siehe Bericht „Mentale Staudämme gegen den Zustrom“ in diesem Heft).

Immer deutlicher tritt zutage, daß das absehbare Scheitern der Integration mit den Zuwanderern von einem zeitgleichen Zerfallsprozeß der eigenen Gesellschaft begleitet wird. Nicht weniger schlimm sind die Zerfallerscheinungen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft.

Sie manifestieren sich in total unterschiedlichen Vorstellungen vom Umgang mit dem Flüchtlingsproblem zwischen Berlin, Wien, den eigenwilligen Briten, den osteuropäischen Visegradstaaten, sowie

den Südeuropäern. Verbindend für die Europäer ist nur ihre Unfähigkeit, die Außengrenzen zu schützen und die völlige Hilflosigkeit Brüssels, der Union statt unsinniger bürokratischer Vorgaben auch eine einheitliche Kontur zu geben.

■ Europa ist keine Ersatznation geworden

Die Flüchtlingskrise und das Fehlen eines gemeinsamen Reflexes darauf haben untrüglich gezeigt, daß die EU keine Gemeinschaft von Partnern, geschweige denn von Freunden ist. Die Idee eines Zusammenwachsens zu einem immer gemeinsamer werdenden Ganzen hat die Feuerprobe nicht bestanden. Der „alte Kontinent“ bleibt aus tausend Gründen liebenswert, aber inhomogen. Der Begriff „Schengenraum“ ist eine Mogelpackung, die das Trugbild eines einheitlichen Staates vorgaukelt. Europa ist nicht die Ersatznation geworden, als die sie insbesondere von Deutschland und Österreich erhofft



wurde, um der eigenen Geschichte zu entfliehen.

Als Folge davon ist eine verstärkte Rückbesinnung auf nationale Interessen zu beobachten. Dirk Schümer pointierte die Lage in der WELT mit Bezug auf die diversen Wahlen in der jüngeren Vergangenheit mit den Worten: *„Die Menschen stimmen für weniger Macht in der EU, Abweisung von Flüchtlingen und einen Nationalismus, den viele schon auf dem Müllhaufen der Geschichte deponiert hatten. Überall haben Parteien Zulauf, die weniger EU wollen. Ob man das nun Rechtspopulismus nennt, oder anders. In Europa ist derzeit der Sonderweg die Straße in die Zukunft.“* Sein Redaktionskollege Jaques Schuster stellte fest: *„In der Flüchtlingskrise erlebt Europa das Aufflammen nationaler Egoismen von atemberaubendem Ausmaß.“*

Ein anderer deutscher Starkkommentator, Reinhard Müller, schrieb in der ehrsamem FAZ: *„Die freiwillige Einbindung in die EU bedeutet nicht, daß es für Deutschland nichts mehr zu entscheiden gebe, oder gar, daß es keine nationalen Interessen mehr gäbe, sondern nur noch europäische. Jedes Land hat seine eigenen Bedürfnisse. Das ist auch normal. Solange den Europäern der Wille fehlt, ein Volk zu sein, gibt es nicht nur das Recht zur Durchsetzung eigener Interessen, sondern eine Pflicht dazu.“*

Die zitierten Kommentare kann man auch für Österreich unterschreiben.

Das Gebaren der europäischen Staaten in der Flüchtlingsfrage und bei anderen politischen oder wirtschaftlichen Problemen, wie etwa der Schuldenkrise

Griechenlands, wird überwölbt von einer paralysierten und völlig hilflosen EU-Kommission. Alle Begleitumstände machen deutlich, daß es ohne die eigene Nation nicht geht, wenngleich allein dieses Wort bei professionellen EU-Anbeter konvulsivische Zuckungen bewirkt und manche Leitartikler und TV-Moderatoren zum Verschießen ihrer gedanklichen Platzpatronen veranlaßt. Dabei hat das Verfechten nationaler Interessen in der Gegenwart nur eine sehr entfernte Ähnlichkeit mit dem Nationalismus früherer Prägung. In die Glaubensleere der EU-Dogmatiker paßt es allerdings nicht, daß selbst solche Menschen, die im Grunde Befürworter einer europäischen Völkergemeinschaft sind, auf ihre nationalen Erkennungsmerkmale und ihre nationalen Milieus nicht verzichten möchten. Wie sehr Österreicher und Deutsche an ihren Markierungen hängen, zeigt sich in simpelster und fast naiver Weise an der Freude über Erfolge der eigenen Sportler in großen Wettkämpfen. Was anders als ein nationaler Überschwang ist es denn, wenn Zigtausende beim Hochziehen der rot-weiß-roten Farben in einem Stadion mit Stolz und Inbrunst die Haydn-Hymne mitsingen?

Die insbesondere von den GRÜNEN geschürte Idee, daß mit der Mitgliedschaft in der EU auch das Bekenntnis zur eigenen Verhaltenskultur und zu den eigenen Traditionen im Brüsseler Vorzimmer des Herrn Juncker abzugeben sei, ist jedenfalls töricht.

“ Als Folge davon ist eine verstärkte Rückbesinnung auf nationale Interessen zu beobachten.

■ Sloterdijk warnt vor „Übernachbarschaft“

Ungeachtet der europaweiten Rückbesinnung auf den nationalen Selbstwert kann die Reaktion auf den katastrophalen



Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

war Stellv. Chefredakteur einer großen Tageszeitung und in weiterer Folge am Institut für Demoskopie Allensbach tätig, wo er zum Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle-Neumann zählte. In dieser Zeit als Berater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Mitgestalter einer Informationsstrategie der NATO. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS-International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen.

Zustand der EU nicht darin bestehen, dem völligen Zerfall des Bündnisses tatenlos zuzusehen. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß viele Aufgaben in einer globalisierten Welt nicht mehr nationalstaatlich gelöst werden können. Abgesehen davon benötigt Europa, wie der Marburger Gesellschaftswissenschaftler Ruprecht Kamp betont, eine zentraleuropäische Verhandlungsinstanz. Es geht also nicht um die Auflösung des Bündnisses, sondern um eine grundlegende Reform der Europäischen Union, die sich als eine Fehlkonstruktion erwiesen hat. Zu schneiden ist ein passenderer Anzug für die Union und eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Mitgliedern.

“ Das von Charles des Gaulle einst propagierte „Europa der Vaterländer“ wäre kein schlechter Ansatz.

Unter vielen Experten, die nach Lösungen grübeln, verdichtet sich mittlerweile die Überzeugung, daß eine wesentliche Erklärung für das jammervolle Erscheinungsbild der EU in der Überregulierung durch Brüssel und in einer zu großen Begegnungsdichte der Mitgliedsstaaten besteht. Der namhafte Philosoph Peter

Sloterdijk bekräftigt, daß die europäischen Länder heutzutage in eine „Übernachbarschaft“ und damit in eine künstliche Kollisionslage gebracht wurden. Sein Kredo ist eindeutig die Entflechtung der Staaten.

Nicht schmecken dürfte allen EU-Prdigern zwischen dem Bergdörfchen Alpbach und Wien, die aus der Mitgliedschaft zur Europäischen Union ein religiöses Glaubensbekenntnis gemacht haben, daß Sloterdijk dem Nationalstaat „ein langes Leben“ prophezeit. Er sei das einzige politische Großgebilde, das bis zur Stunde halbwegs funktioniere. Als lockerer Bund habe die EU mehr Zukunft, als wenn sie auf Verdichtung setzt.

Die mit Scheuklappen behafteten EU-Dogmatiker täten gut daran, die Desintegration Europas einmal unter dieser Perspektive zu betrachten und über eine konföderative Struktur mit den Merkmalen von Vielfalt und Offenheit nachzudenken. Das von Charles des Gaulle einst propagierte „Europa der Vaterländer“ wäre kein schlechter Ansatz. ■



Mentale Staudämme gegen den Zustrom

Parallelbefragung zur Flüchtlingskrise in Österreich und Deutschland: Das Gefühl der Fremdheit sitzt in beiden Ländern tief - Nur wenige sagen, Orientalen und Nordafrikaner passen problemlos zu uns - Ein Großteil der deutschsprachigen Bevölkerung vermißt objektive Unterrichtung durch Regierung und Medien.

Zwei Nachbarstaaten in der Mitte Europas. Gleiche Sprache, ähnlicher Wohlstand, ähnliche Rechtsordnung und Sozialsysteme, gleichfarbige Regierungen, ähnlich starker Zulauf durch Migranten aus fremden Kulturen, ähnliche Parolen zur Lösung des Problems. Wie konform sind in diesen Ländern die Ansichten der Bevölkerung zur Causa prima? Welche Bilder haben sich bei Österreichern und Deutschen von den Migranten geformt? Vor allem: wie groß ist ihre Neigung zur Integration mit völlig fremden Ethnien? Diesem Kernproblem sind die *Institute Spectra* (Linz) und *IMAS* (München) im Rahmen der Integrationsforschung in gleichlautenden Untersuchungen in den beiden Ländern nachgegangen. Die Erkenntnisse der Parallelbefragung gehen über die triviale Feststellung eines allgemeinen Verdrusses an der Zuwanderung hinaus und enthüllen Denkmuster der Bevölkerung, die einen unmittelbaren Bezug zum politischen Geschehen haben.

Die Zustandsbeschreibung führt zunächst zur praktisch deckungsgleichen Überzeugung von Österreichern und Deutschen, daß sich die Dinge im eigenen Land im Laufe der beiden letzten Jahre nachteilig entwickelt haben. Zwei

Drittel der Bewohner sprechen von einer Verschlechterung, nur jeweils jeder Neunte von einer Verbesserung der Situation. Die Einschätzung der Zukunft ist da wie dort düster. Ganz besonders ausgeprägt ist der Pessimismus in Österreich, wo 60 Prozent mit einer Verschlechterung der Gesamtsituation des eigenen Landes rechnen. An eine Verbesserung der Gesamtlage glaubt in beiden Ländern allenfalls ein Zehntel der Bevölkerung.

Die Pessimisten machen für den Abwärtstrend vor allem die Zuwanderung verantwortlich. Nur wenige von ihnen glauben, daß der Sinkflug des eigenen Landes durch einen Verlust an Wirtschaftskraft verursacht werden könnte. Genau umgekehrt begründen die Optimisten ihre Einschätzung der Zukunft. Sie glauben, daß der Aufstieg vor allem der Wirtschaft verdanken sein werde. Nur ganz wenige der zuversichtlich gestimmten Österreicher oder Deutschen erblicken in der Zuwanderung die Triebfeder einer eventuellen Aufwärtsentwicklung.

“ Die Pessimisten machen für den Abwärtstrend vor allem die Zuwanderung verantwortlich.

HAUPTGRÜNDE FÜR DEN NATIONALEN AUF - und ABSTIEG

Personen, die glauben, ihr Land werde in den nächsten ein, zwei Jahren –

	<u>- besser dastehen als heute</u>		<u>- schlechter dastehen als heute</u>	
	Österreich (10%=100%)	Deutschland (8%=100)	Österreich (60%=100%)	Deutschland (52%=100)
	%	%	%	%
Es vermuten als Ursache der jeweiligen Veränderungstendenz:				
die Wirtschaftsentwicklung.....	56	55	18	26
die Folgen der Zuwanderung.....	22	24	74	75
die politische Entwicklung.....	15	18	29	33

■ Zuwanderer in der Wohngegend

Mindestens zwei Fünftel der Österreicher und gut die Hälfte der Deutschen haben das Gefühl, daß sich in der eigenen Wohngegend bereits ziemlich viele Zuwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika befinden. Die Vorstellung, im eigenen Wohnbereich gebe es in Zukunft noch mehr Menschen aus diesen Zonen, löst bei klaren Mehrheiten Unbehagen aus. Lediglich fünf Prozent der Österreicher und neun Prozent der Deutschen würden sich über die Nachbarschaft einer größeren Zahl von Eurasiern oder Nordafrikanern ausdrücklich freuen.

Sehr sicher ist sich die Bevölkerung darüber, daß die Zuwanderer aus Nahost und Afrika dem eigenen Land mehr Nachteile als Vorteile bringen werden. In Österreich überwiegt das Gefühl der Nachteile mit 67:9 Prozent, in Deutschland mit 57:12 Prozent.

■ Das Register der Abwehrreflexe

Wie breit die mentale Kluft zwischen der deutschsprachigen Bevölkerung und den

Ankömmlingen aus dem Morgenland und Nordafrika ist, belegen die Antworten zu Einzelaspekten der Zuwanderung, die den Befragten der Studie auf einer Liste zur Auswahl gestellt wurden. Der Gesamteindruck ist, daß die meiste Zustimmung jene Aussagen erhielten, die eine Skepsis oder Ablehnung der Massenzuwanderung zum Inhalt hatten. Die Befürwortungen der Migration belegten in beiden Ländern durchwegs die unteren Plätze der Rangreiche.

In Österreich führte die Untersuchung zu acht Bewußtseinsmomenten, die auf die Gefühlsbeziehungen zu den Flüchtlingen einen bestimmenden Einfluß haben. Es sind dies die Überzeugungen –

- daß die in die Milliarden gehenden Kosten für die Versorgung der vielen Flüchtlinge längerfristig nicht verkraftbar sind;
- daß die Zuwanderer auf Dauer hier bleiben werden, auch wenn es sich in Wirklichkeit um keine echten Flüchtlinge handelt;
- daß der Großteil der Zuwanderer nicht bereit ist, sich unseren Spielregeln anzupassen;

- daß ganz allgemein schon zu viele Ausländer in unserem Land sind;
- daß die Massenzuwanderung unseren Wohlstand sehr beeinträchtigen wird;
- daß die Massenzuwanderung immer mehr unsere eigene Lebensweise verdrängt und
- daß die Bevölkerung von Regierung und Medien unvollständig und einseitig über die Nachteile und Gefahren der Zuwanderung informiert wird.

Dem unbezweifelbar starken Abwehrreflex der Bevölkerung auf die Zuwanderung und ihre möglichen Folgen steht ein äußerst schwach dosiertes Lob für die Vorzüge der Migration gegenüber. Nicht einmal jeder 6. Österreicher glaubt, daß die vielen Menschen aus anderen Kulturen unser Land bunter und interessanter machen werden. Noch weiter im Hintergrund steht die Überzeugung, „die Zuwanderer sind Menschen wie Du und ich, sie passen problemlos zu uns“.

Entschieden bestritten wird ansonsten, daß wir die Zuwanderer benötigen, um unsere Geburtenarmut auszugleichen, daß Österreich durch die Zuwanderung fortschrittlicher und moderner wird sowie (von lediglich sieben Prozent ins Treffen geführt), daß die Flüchtlinge überwiegend gut qualifiziert sind und unseren Fachkräftemangel beheben werden.

In Deutschland dominiert ebenfalls

die Überzeugung, daß die Zuwanderer im Land bleiben werden, selbst wenn sie nicht dazu berechtigt sind. Abgesehen davon akzentuieren die Deutschen manche Aspekte etwas anders als die Österreicher. Auffallend weniger Furcht haben die Deutschen vor einem Wohlstandverlust durch die Zuwanderung, etwas geringer ist auch ihre Furcht vor einer Verdrängung der eigenen Lebensweise. Die insgesamt etwas schwächer ausgeprägten Ängste ändern allerdings nichts daran, daß die Deutschen in allen Belangen ebenfalls massive Abwehrhaltungen gegen die Zuwanderung beziehen und von den Vorzügen der Migration ähnlich wenig überzeugt sind wie die Österreicher.

Sowohl die österreichischen, als auch die in Deutschland erhobenen Befunde verdeutlichen einen ungemein starken Zweifel der Bevölkerung daran, daß sich die Ankömmlinge aus dem Morgenland und Afrika zu Mitgliedern einer Vorbildgesellschaft westlicher Prägung entwickeln werden. Die Neigung der Österreicher und Deutschen, sich den Zuwanderern anzunähern, ist umgekehrt äußerst gering.

■ Der Wunsch nach einer erkennbaren Lebenswelt

Der kaum noch zu bändigende Zustrom fremder Ethnien bewirkt zwangsläufig eine starke



Das erklärte Ziel ist klar...



demographische Ungewichtung in den europäischen Gastländern. Dies führt zu einem Bündel von Fragen des modernen Staatsverständnisses. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Überlegung, ob ein Staat angesichts der zunehmenden Durchmischung noch als eine eigene, unverwechselbare Gesamtpersönlichkeit mit einem „Wir-Gefühl“ erkennbar sein soll, oder ob es genügt, daß er lediglich eine Verwaltungseinheit darstellt, in der ein zufällig zusammengewürfeltes Konglomerat von Menschen unterschiedlichster Herkunft lebt.

Spectra und IMAS/München haben das Problem in der Integrationsstudie thematisiert und sind dabei auf sehr kompakte Meinungen gestoßen: 57 Prozent der Österreicher und 50 Prozent der Deutschen beschreiben ein lebenswertes Land als eines, in dem alle die gleiche Sprache sprechen, in dem die gleichen Sitten herrschen und die Menschen einander ähnlich sind. Nur rund jeder fünfte Bewohner der beiden deutschsprachigen Länder bevorzugt eine Lebenswelt mit viel Verschiedenheit, unterschiedlichen Verhaltensweisen und unterschiedlichen Menschentypen. ■

Befragung von Österreichern und Deutschen durch Spectra (Linz) und IMAS (München); Sample: Je 1000 Interviews; Bevölkerung ab 16 Jahre; Methode: face to face; Quotaauswahl

Grundpositionen zu Gegenwartsproblemen

	Österreicher insgesamt %	Deutsche insgesamt %
Im Vergleich zur Zeit vor ein, zwei Jahren -		
- steht Österreich (Deutschland) heute alles in allem besser da.....	11	11
- haben sich die Dinge eher ungünstig entwickelt.....	64	67
Kein Urteil.....	25	22
In den nächsten ein, zwei Jahren wird es Österreich (Deutschland) alles in allem -		
- eher besser gehen als heute.....	10	8
- eher schlechter gehen als heute.....	60	52
- unverändert gehen.....	24	26
- Kein Urteil.....	6	14

In der eigenen Wohngegend gibt es -

	Österreicher insgesamt %	Deutsche insgesamt %
- sehr viele Zuwanderer aus Nahost und Afrika.....	11	13*
- ziemlich viele Zuwanderer aus Nahost und Afrika.....	32	38*
- eher wenige Zuwanderer aus Nahost und Afrika.....	44	38*
- so gut wie gar keine Zuwanderer aus Nahost und Afrika.....	13	11*

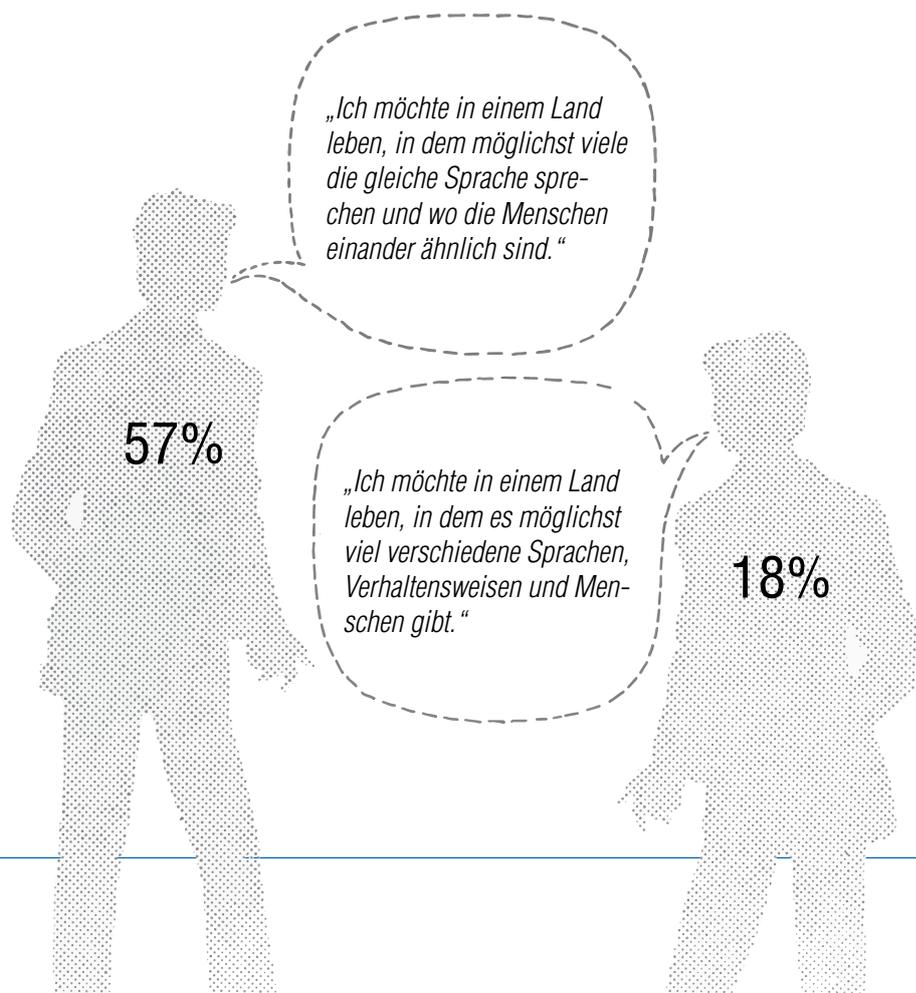
Wenn es in der eigenen Wohngegend in Zukunft mehr Zuwanderer aus Nahost und Afrika gäbe als jetzt, würde mich das -

- eher stören.....	50	40*
- eher erfreuen.....	5	9*
- weder / noch (wäre mir egal).....	29	30*
- käme darauf an (aus welchen Ländern).....	12	10*
- Keine konkrete Angabe.....	4	11*

Nach persönlicher Meinung bringen die Zuwanderer aus Nahost und Afrika für Österreich (Deutschland) alles in allem -

- mehr Vorteile.....	9	12*
- mehr Nachteile.....	67	57*
Weiß nicht, kein Urteil.....	24	31*

* Dieser Befund wurde in Deutschland bereits im Oktober 2015 erhoben

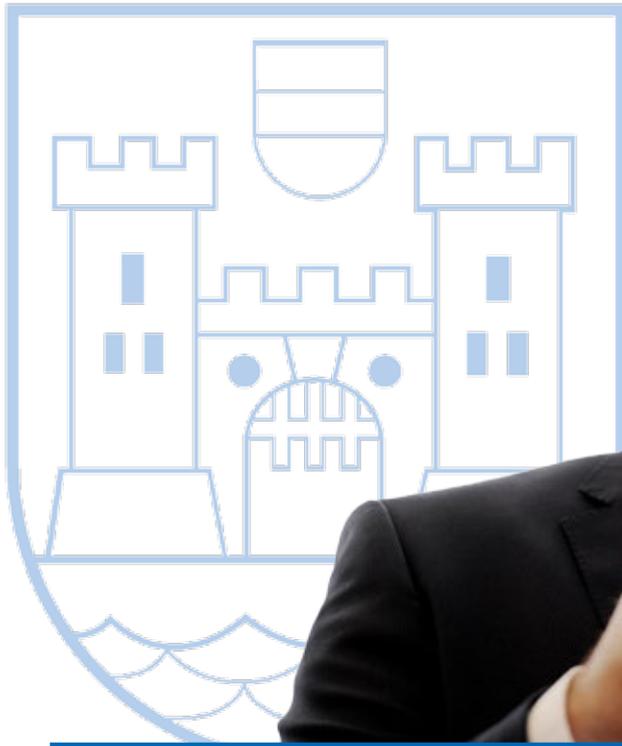


Befragung von Österreichern und Deutschen durch Spectra (Linz) und IMAS (München); Sample: Je 1000 Interviews; Bevölkerung ab 16 Jahre; Methode: face to face; Quotauswahl

Zuwanderung aus Österreichischer und Deutscher Sicht

Frage: „Auf dieser Liste stehen verschiedene Meinungen zur Zuwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika. Welchen dieser Ansichten stimmen Sie selbst voll und ganz zu? Bitte nenne Sie mir einfach die entsprechenden Nummern (Vorlage einer Liste mit Statements)“

	Österreicher insgesamt %	Deutsche insgesamt %
Die Versorgung der vielen Flüchtlinge kostet Milliarden. Das ist auf Dauer für Österreich (Deutschland nicht zu verkraften).....	56	46
Der Großteil der Zuwanderer wird auf Dauer in Österreich (Deutschland) bleiben, auch, wenn es sich in Wirklichkeit um keine echten Flüchtlinge handelt.....	53	55
Ein Großteil der Zuwanderer ist nicht bereit, sich an unsere Spielregeln anzupassen.....	52	42
Es sind schon zu viele Ausländer in unserem Land.....	51	37
Die Massenzuwanderung wird unseren Wohlstand sehr beeinträchtigen.....	50	29
Unsere Politik sollte alles Erdenkliche tun, um die weitere Massenzuwanderung zu unterbinden.....	48	43
Die Massenzuwanderung verdrängt immer mehr unsere eigene Lebensweise.....	48	32
Die Bevölkerung wird von Regierung und Medien unvollständig und einseitig über die Nachteile und Gefahren der Zuwanderung informiert.....	47	38
Die Massenzuwanderung bedroht die Arbeitsplätze der eigenen Bevölkerung.....	42	30
Wenn es mit der Massenzuwanderung so weitergeht, wird es bei uns bald zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen.....	34	25
Die Zuwanderer aus dem Nahen Osten und Nordafrika sollten möglichst unter sich bleiben. Eine Vermischung mit unserer Bevölkerung ist nicht gut.....	26	18
Durch die vielen Menschen aus anderen Ländern und Kulturen wird Österreich (Deutschland) immer bunter und interessanter.....	17	21
Die Zuwanderer sind Menschen wie Du und ich. Sie passen problemlos zu uns.....	15	13
Es wird noch immer zu wenig für die Flüchtlinge getan.....	14	11
Die Willkommensgrüße auf den Bahnhöfen beweisen, daß sich die meisten Österreicher (Deutsche) über die Zuwanderer herzlich freuen.....	11	21
Wir benötigen die Zuwanderer, um unsere Geburtenarmut auszugleichen.....	11	18
Durch die Zuwanderung wird unser Land fortschrittlicher und moderner.....	10	14
Nach unseren Sünden während der Hitlerzeit haben wir die moralische Pflicht, viele Menschen aus fremden Ländern bei uns aufzunehmen.....	6	13
Die Zuwanderer sind überwiegend gut qualifiziert und werden unseren Fachkräftemangel stark abschwächen.....	7	10



Der Entscheider

Bürgermeister Rabl macht Wels zum Beispiel für moderne Kommunalpolitik

Wels: Messestadt, siebtgrößte Kommune Österreichs, 60 000 Einwohner, fast ein Drittel davon mit Migrationshintergrund, über 4000 Betriebe. Seit knapp fünf Monaten ist Dr. Andreas Rabl Bürgermeister, nachdem er mit einem spektakulären Wahlsieg die SPÖ aus dem Sattel hob. Was die Sozialdemokraten dem freiheitlichen Politiker hinterließen, war eine drückende Schuldenlast, eine ineffiziente Verwaltung und ein Sack voller anderer Probleme. Der Jurist ließ sich davon nicht schrecken, begann im Magistrat aufzuräumen, schaffte Privilegien ab, setzte in der Bürokratie den Sparstift an, leitete Reformen ein und entfaltete Integrationsdruck auf die Zuwanderer. Kaum 150 Tage nach seinem Amtsantritt beginnt die kommunale Therapie erkennbar zu wirken. Wels befindet sich im Steigflug. Der Attersee-Report hat im nachstehenden Interview einen Blick hinter die Kulissen des Erfolgs geworfen und ist dabei einem Ausnahmepolitiker begegnet.

FRAGE: Herr Dr. Rabl, Sie sind nun rund fünf Monate Bürgermeister von Wels, nachdem Sie die Wahl im Vorjahr mit dem eindrucksvollen Ergebnis von 63:37 Prozent gewannen und damit die jahrzehntelange Vorherrschaft der SPÖ beendeten. Erstaunlich an diesem Wahlerfolg war, dass er in einer Stadt mit einem extrem hohen Ausländeranteil ausgerechnet von einem freiheitlichen Politiker errungen wurde. Wie lässt sich das erklären?

RABL: Wels hat einen Ausländeranteil von ca. 24 Prozent; 32 Prozent der Bevölkerung haben Migrationshintergrund. Dies führt zwangsläufig zu Integrationsproblemen, gerade im Bereich der Schulen, aber auch beim Wohnen oder im öffentlichen Bereich. Die FPÖ hat im Gemeinderatswahlkampf diese Integrationsprobleme sehr klar angesprochen und den Wählern praktikable Lösungen angeboten. Das Integrationsthema stand dabei unter der Maxime „Integration ist Pflicht“. Daneben gab es im Wahlkampf aber auch noch die Themen Sicherheit und Magistratsreform sowie die klare Botschaft, in Wels Verän-

derungen einzuleiten. All dies hat letztlich die Wähler überzeugt.

F: Was sind in einer stichwortartigen Beschreibung typische Merkmale von Wels? Was kennzeichnet aus Ihrer Sicht das Erscheinungsbild der Stadt?

R: Wels ist eine Statutarstadt mitten in Oberösterreich, also in einer extrem verkehrsgünstigen Lage. Kennzeichnend ist eine starke industrielle und handelsorientierte Prägung. Besonders positioniert hat sich Wels als Messestadt, aber auch als Schulstadt mit einem sehr reichhaltigen Bildungsangebot in technischen Disziplinen.

“ Zentrales Anliegen muß sein, Wels als optimale Arbeits- und Wohnstadt zu entwickeln (...)

Stolz sein dürfen wir ansonsten auf unsere historische Altstadt. Im gesellschaftlichen Leben spielt das Bürgertum eine zentrale Rolle.

F: Gibt es eine bestimmte Zielvorstellung, nach der Sie Wels formen möchten? In welche Richtung sollte sich Wels Ihrer Meinung nach entwickeln?

R: Zentrales Anliegen muss sein, Wels als optimale Arbeits- und Wohnstadt zu entwickeln, wobei wir Schwerpunkte im Bereich der Technik setzen wollen. In diese Richtung zielen auch die derzeitigen Fachhochschullehrgänge. Gesellschaftspolitisch ist es Ziel, die ländliche Struktur der Umgebung mit der Urbanität der Stadt Wels zu verbinden.

F: Welche Probleme und Sachverhalte bereiten Ihnen gegenwärtig das größte Kopfzerbrechen?

R: Sehr große Brocken sind natürlich die Integrations- und Sicherheitsprobleme. Hinzu kommen interne Faktoren, wie eine nicht ausreichend effiziente Verwaltung

und Ausgabenexplosionen bei einem ohnehin schon hohen Budgetdefizit sowie einem besorgniserregenden Schuldenstand. In dieser schwierigen Budgetsituation Impulse zu setzen, ist eine große Herausforderung.

F: Wie kann man sich eigentlich die Arbeit des Welser Bürgermeisters vorstellen? Wann beginnt für Sie ein normaler Arbeitstag, wann endet er und was liegt dazwischen?

R: Ich beginne meine Arbeit durchschnittlich um 7:30 Uhr. Der Arbeitstag endet üblicherweise zwischen 22:00 und 22:30 Uhr. Den Samstagnachmittag und den Sonntag versuche ich, so gut es geht, frei zu halten. Der Arbeitstag selbst ist überwiegend mit Besprechungen und Veranstaltungen voll gepflastert. Im Wesentlichen geht es bei meiner Arbeit darum, strategische Ziele festzulegen und den Weg dorthin zu bestimmen.

F: Wie schafft man in einem so gedrängten Arbeitstag, sich über das zu informieren, was außerhalb der kommunalen Sphäre liegt, also über das, was sich sonst noch in der Welt tut?

R: Zu meinen festen Lebensgewohnheiten gehört es, mich vor dem Schlafengehen mit Hilfe des Internet ausführlich über das politische Geschehen zu informieren. Außerdem bin ich in der Früh ein ziemlich gründlicher Zeitungsleser.

F: Lesen Sie auch Bücher?

R: Nicht so viele, wie ich gerne möchte. Aber ein Buch läuft immer sozusagen nebenher. Da handelt es sich ausnahmslos um geschichtliche Sachbücher aus verschiedensten Perioden.

F: Sie haben sich schon bald nach Ihrem Amtsantritt als ein Politiker der festen

Hand erwiesen und eine Reihe von harten Maßnahmen in der Gemeindeverwaltung gesetzt, wie z.B. die Reduktion von Dienstautos und ganz allgemein den Abbau von Privilegien und von Kosten in der Verwaltung. Ist dieser Prozess im Wesentlichen abgeschlossen oder gibt es noch einen größeren Handlungsbedarf?

R: Der Restrukturierungsprozess im Hause Magistrat ist gerade erst am Beginn. Dabei wird besonders viel Augenmerk auf die Zusammenlegung von Organisationseinheiten sowie auch die Straffung von Abläufen zu legen sein. An die Aufnahme neuer Mitarbeiter wird in diesem Zusammenhang nicht gedacht. Zur Sanierung des Budgets sind jedenfalls noch weitere Sparmaßnahmen erforderlich.

F: *Was lässt sich über die bisherige Zusammenarbeit mit den anderen Parteien im Welser Stadtsenat sagen. Wie groß ist die Kooperationsbereitschaft bei den Schwerpunktproblemen?*

R: Wir haben mit der ÖVP ein Koalitionsübereinkommen abgeschlossen; die Zusammenarbeit funktioniert ausgezeichnet. Es gibt ein offenes Gesprächsklima und ein faires Miteinander. Mit der SPÖ haben wir uns auf ein Arbeitsübereinkommen zu den wesentlichen Schwerpunktthemen geeinigt, wobei gerade in den wichtigen Bereichen Integration und Sicherheit keine gemeinsame Linie gefunden werden konnte. Hier bekennen wir uns klar zu einer strikten Integrationspolitik und zu einem Stopp von Asylquartieren in Wels.

F: *Eine Besonderheit von Wels besteht darin, dass fast ein Drittel der Bewohner einen Migrationshintergrund aufweisen. 24 Prozent besitzen sogar eine ausländische Staatsbürgerschaft. Wie wirkt sich das auf das Zusammenleben mit der österreichischen Stammbevölkerung aus?*

R: Der hohe Ausländer- und Migrationsanteil ist österreichweit einzigartig. Die damit einhergehenden Probleme sind vorprogrammiert. So ist es kein Zufall, dass 52 Prozent der Erstklässler in den Volksschulen nicht über genügend Sprachkenntnisse verfügen, um dem Unterricht folgen zu können. Im Kindergarten liegt dieser Prozentsatz sogar noch höher. Wels ist in der Folge auch mit beginnenden Ghettoisierungen konfrontiert. Eine der großen Herausforderungen der Zukunft ist daher, die Integration weiter voranzutreiben. Das wird durch die vom Bund oktroyierten Asylquartiere natürlich noch erschwert.

F: *Im Volksmund gibt es das Sprichwort „Gegensätze ziehen sich an“. Gilt das Ihrer Erfahrung nach auch für das Verhältnis von Orientalen und Österreichern oder lässt sich die Volksweisheit auf diesen Vergleich nicht übertragen?*

R: Wir haben im Kindergartenbereich Untersuchungen zur Sprachkompetenz der Kinder durchgeführt. Dabei hat sich ergeben, dass die Integration bei Nationalitäten, die einem ähnlichen Kulturkreis wie Österreich angehören, schneller voranschreitet als bei solchen, die in einem völlig anderen Kulturkreis sozialisiert wurden. Dies liegt auch an oft unterschiedlichen Wertesystemen. So ist Bildung nicht in allen Kulturen ein erstrebenswertes Gut. Große Integrationsprobleme haben wir beispielsweise mit Tschetschenen und Afghanen, weil diese häufig sehr bildungsfernen Schichten entstammen.

F: *Alle Erfahrungen deuten darauf hin, dass ein Verschmelzen von Zentraleuropäern mit so extrem fremden Ethnien wie Syrern, Afghanen oder Afrikanern entwe-*

“ Zu meinen festen Lebensgewohnheiten gehört es, mich vor dem Schlafengehen mit Hilfe des Internet ausführlich über das politische Geschehen zu informieren. ”

der gar nicht, oder doch nur über Generationen hinweg, gelingt. Welche Rückschlüsse ergeben sich daraus für die Welser Kommunalpolitik?

R: Die Integration von Asylwerbern aus völlig anderen Kulturkreisen stellt uns vor große Herausforderungen. Dies beginnt bei der Sprache und endet bei den Werten. Aus meiner Sicht ist das Erlernen der Sprache als Problem noch bewältigbar. Schwierig wird es allerdings bei der Vermittlung des europäischen Wertekanons, da die Werteprägung bereits in der Kindheit und Jugend stattfindet und später oft nicht mehr beeinflusst werden kann. Der Förderbedarf für Migranten aus völlig anderen Kulturkreisen ist im Regelfall daher wesentlich höher und kostenintensiver.

F: *Sie sind dafür bekannt, dass Sie einen starken Integrationsdruck entfalten und von den zugewanderten Personen die Anpassung an unsere Lebensform einfordern. Wie wird Ihre Strenge von den Zuwanderern aufgenommen? Gibt es schon Anzeichen eines Wandels, beispielsweise in puncto eines verbesserten Sprachverständnisses in Kindergärten und Schulen?*

R: Wichtig ist, dass wir in Wels den Integrationsdruck massiv erhöht haben. Dies geschieht einerseits mit einem Anreizsystem, bei dem wir soziale Leistungen der Stadt nur gut integ-

rierten Ausländern zugänglich machen. Andererseits versuchen wir auch, mit den Migrantenvereinen in Kontakt zu treten und sie von der Wichtigkeit einer gelungenen Integration zu überzeugen. Wir sehen daher die Migrantenvereine im Integrationsprozess als Partner, da nur diejenigen wirklich Zugang zu Integrationsverweigerern haben, also zu Leuten, die sich in unsere Gesellschaft nicht einfügen wollen. Diese neue Strategie wird von den meisten Zuwanderern positiv aufgenommen. Wir gehen außerdem aufgrund der neu ins Leben gerufenen Sprachgruppen in Kindergärten und der geforderten Sprachklassen in den Schulen davon aus, dass sich auch die Sprachkenntnisse der Kinder wesentlich verbessern werden.

F: *Halten Sie es für möglich, dass in Wels eine Art von No-Go-Bezirken entstehen könnte, in denen das Recht weitgehend außer Kraft gesetzt ist und zugewanderte Afrikaner und Orientale mehr oder weniger nach ihren eigenen Gesetzen leben?*

R: Für die Entstehung von No-Go-Bezirken muss eine kritische Masse an nicht integrierten Zuwanderern überschritten werden. Dies ist in Wels nicht der Fall. Es gilt daher auch als oberste politische Zielsetzung, die weitere Zuwanderung nach Wels bestmöglich zu unterbinden.

F: *Wie sehen Sie das gesamtösterreichische Asylantenproblem im Hinblick auf Wels. Was könnten und was würden Sie tun, um die Aufnahme von sogenannten Flüchtlingen zu verhindern?*

R: Es zeichnet sich derzeit ab, dass die Flüchtlinge in den attraktivsten Sozialstaat innerhalb der EU einwandern. Eine der vordringlichsten Maßnahmen wäre daher eine drastische Reduktion der Sozialtransfers an Asylberechtigte. Darüber hinaus sollte das Schengen- und Dublin-Abkommen lückenlos



umgesetzt werden, d.h. die Grenzen müssen dicht gemacht werden. Das Asylverfahren ist in jenen Ländern durchzuführen, in denen der Asylwerber das erste Mal das Gebiet der EU betritt. Nachdem fast alle Asylwerber in Österreich vorher durch sichere Drittstaaten gereist sind, gibt es keinen rechtlichen Grund, Asylanträgen stattzugeben. Eine Verfolgung liegt nämlich bei Grenzübertritt nicht mehr vor.

F: *Wie sehr beschäftigen Sie über die Kommunalpolitik hinaus die Folgewirkungen der Zuwanderung in Bezug auf Österreich und Europa?*

R: Das Thema der Zuwanderung kann nicht genug Beachtung finden, weil es alle Lebensbereiche beeinflusst und in vielen Bereichen Umwälzungen auslöst. Es betrifft sowohl den Arbeitsmarkt, als auch die Wohnungssituation. Die weitreichenden Auswirkungen sind aber mit einem durch die Zuwanderung potentiell verursachten Wertewandel verbunden. Dieser macht mir am meisten Sorgen, da der in Jahrhunderten entwickelte europäische Wertekanon ins Wanken gerät. Aber auch die Belastungen des Sozialsystems können auf Dauer von der heimischen Bevölkerung nicht gestemmt werden. Es ist daher zu befürchten, dass dies zu Einschnitten im Sozialbereich führen wird.

F: *Sie waren ganz am Beginn Ihrer beruflichen Laufbahn als Assistent im europäischen Parlament tätig und konnten dort Erfahrungen in der Europapolitik sammeln. Wie ist Ihr heutiger Eindruck von der EU?*

R: Europa hat sich zu einer Bürokratisierungsmaschine entwickelt. Statt die

wichtigen Agenden, wie die Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik zu vergemeinschaften, wurden sehr viele von den Nationalstaaten besser be-

herrschbare Bereiche auf EU-Ebene geregelt. Dies führt zu einem ausufernden Normenwesen, ohne auf die nationalen Interessen Rücksicht nehmen zu können. Auch bei der Bewältigung der Asylkrise hat Europa keinerlei Lösungskompetenz gezeigt. Es wurde zwar

ständig von Solidarität gesprochen, den Worten sind jedoch keine Taten gefolgt. Es stellt sich daher für mich auch die Frage, wie stabil eine Gemeinschaft ist, die schon bei kleineren Herausforderungen ins Wanken gerät.

F: *Halten Sie den Fortbestand der Europäischen Union in der bisherigen Form für möglich und wünschenswert?*

R: Ich glaube, dass eine EU in der bisherigen Form auf Dauer keinen Fortbestand haben kann. Dies liegt auch an der fehlenden Reformbereitschaft der Europäischen Union. Wesentliche Voraussetzung für eine Dauerhaftigkeit ist daher eine Renationalisierung von Teilbereichen und eine ehrliche Diskussion über das zukünftige Wesen der EU – ob sie ein Bundesstaat werden oder eine Staatenvereinigung bleiben soll.

F: *Was sollte Ihrer Meinung nach in Zukunft mit der EU geschehen. Welche Art von Veränderung und Reform des Bündnissystems wäre für Österreich am besten?*

R: Die EU sollte stärkere Unabhän-

“ **Das Thema der Zuwanderung kann nicht genug Beachtung finden, weil es alle Lebensbereiche beeinflusst und in vielen Bereichen Umwälzungen auslöst.**



gigkeit dokumentieren und die Interessen der Europäischen Bürger auch international in den Vordergrund stellen. Dabei ist es auch wesentlich, dass eine ausgewogene Bündnispolitik betrieben wird, in die auch Russland und China einbezogen werden. Weder eine Ausgrenzung von Russland, noch die Verhängung von Sanktionen werden dauerhaft Erfolg haben. Im Übrigen schaden sie der Europäischen Wirtschaft selbst.

“ **Ich glaube, dass eine EU in der bisherigen Form auf Dauer keinen Fortbestand haben kann.**

ren da, wo Österreich drauf steht, auch noch Österreich drin ist?

R: Ich stelle generell fest, dass es zu einer Rückbesinnung auf österreichische Traditionen und Werte kommt. Je mehr diese gefährdet erscheinen, umso mehr wird dafür auch öffentlich wieder eingetreten. Ich glaube daher,

her, dass wir bei einem rasch beginnenden Reformprozess sehr schnell wieder zu einem Österreich kommen, das seine ganzen Potentiale entfalten kann. ■

F: *Wie hoch ist Ihrer Vermutung nach die Wahrscheinlichkeit, dass in zwanzig Jah-*

Das Interview führte Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

**Bitte schenken Sie uns
8 Minuten
für den beigelegten Fragebogen**
Ihre Antworten sind uns wichtig!



Polen: Die Kehrseite des Prangers

In der Darstellung westlicher Medien gelten die Polen als ungezogene Demokraten – Ein Sozialforscher aus Wroclaw präsentiert die Kehrseite der Medaille

von Jerzy Prokopiuk

„Verteidigt eure Frauen und nicht unsere Demokratie“. Diesen Satz entrollten mitgereiste polnische Fans in Berlin auf einem Spruchband, als ihre Mannschaft bald nach dem Kölner Silvester dort zu einem Volleyballspiel antrat. Der Spruch hat zumindest bei den deutschen Polizisten den Blutdruck erhöht. Sie haben das Transparent den Fans gleich nach dem Wettkampf ziemlich energisch entzerrissen. Die kleine Episode bündelt wie in einer Linse den Konflikt zwischen Polen und einem links-liberalen Teil Europas hinsichtlich der Migrationsprobleme, des Umgangs mit der Demokratie, sowie der Meinungs- und Pressefreiheit.

Sind die Polen wirklich so ausländerfeindlich, chauvinistisch und gefühllos gegenüber den Migranten (von denen sie annehmen, daß es sich dabei vorwiegend um Leute handelt, die nach einem besserem Leben Ausschau halten) wie manchmal behauptet wird? Und warum sagen die Polen „nein“ zu Merkel's Quotenvorschlag für die Verteilung der Migranten in Europa? Aktuelle Umfragen machen deutlich, daß fast 70 Prozent der Polen keine Flüchtlinge haben möchten und lediglich 17 Prozent sie willkommen heißen. In einer anderen Erhebung erklärten 85 Prozent der Bevölkerung, man sollte die Leute entweder gar nicht, oder allenfalls

Bild: Zum Unabhängigkeitstag der Polen zieht es die Massen auf die Straße.

so lange aufnehmen, bis sie in das eigene Land zurückkehren können. Nur acht Prozent der Bewohner sind für unbegrenzte Aufnahme von Zuwanderern.

Faktum ist, daß eine sehr beträchtliche Einwanderung nach Polen bereits stattgefunden hat und zwar aus der Ukraine. Im letzten Jahr haben eine halbe Million Ukrainer in Polen um die Aufenthaltsgenehmigung angesucht, 65 000 davon haben sie bekommen. Die Zahl der Einwanderer aus der Ukraine hat sich drastisch vergrößert, seit der Krieg dort an Intensität zunahm. Ähnlich verhält es sich mit den Flüchtlingen aus Tschechien. Nach dem Ausbruch des Krieges sind aus diesem Land bis jetzt über 90 000 Flüchtlinge nach Polen geströmt. Die meisten davon sind nach dem Westen weitergezogen, wo sie bessere Lebensbedingungen vorfinden.

Die Polen betrachten die neuen Migrationswellen illusionslos. Für sie liegt es auf der Hand, daß die Europapolitiker die Zuwanderungsprobleme nicht lösen

„ Aktuelle Umfragen machen deutlich, daß fast 70 Prozent der Polen keine Flüchtlinge haben möchten (...)

wollen oder können. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der westlichen Politik ist äußerst gering. Man versteht nicht, warum die Kanzlerin Merkel die Einladung zur Zuwanderung ausgesprochen hat, ohne andere zu fragen. Sind Deutschland und Europa in der Lage, zehn Millionen ganz fremder Menschen zu integrieren und sozial zu verkräften? Warum wurden die Dubliner Verträge zur Migrationskontrolle aufgehoben? Warum werden Massenausbreitungen der Migranten entgegen den Gesetzen toleriert? Und warum wird so Vieles von den Medien verschwiegen?

Die Politik Frau Merkel's wird in Polen als kurzichtig, selbstzerstörerisch und als ein falscher Weg zur Bewältigung der eigenen historischen Sünden abgelehnt. Kritik am Westen kommt sogar von syrischer Seite. Bischof Jeanbart aus Aleppo sagt ausdrücklich: *„Die Deportation unserer Leute dient niemand, weder uns, noch euch. Wenn Ihr uns wirklich helfen wollt, dann helft uns, in unserem Land zu bleiben“*. Insofern hatte der PiS-Partei-*chef Kaczynski völlig recht, als er in der Migrationsdebatte im polnischen Parlament erklärte „Wir sind bereit zu helfen, aber vor Ort, da wo die Leute wohnen“*.

Die Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten integrieren sich nicht, sie bilden Ghettos und verachten die europäischen Werte. *„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind keine moslemischen Werte“* sagt Samir Nassar, der Maroniten Bischof von Damaskus. In Polen fragt man sich, wie lange der Westen braucht, um das zu begreifen und der Migrantenwelle eine enge Grenze zu ziehen.

■ Zweifel an der Pressefreiheit

Die Beschäftigung mit dem Zuwande-

Bild: Merkels „Willkommenskultur“ stößt bei den Europäern auf Ablehnung. Anders bei den Migranten...



rungsproblem führte in Polen schließlich auch zu einer heißen Diskussion über die Pressefreiheit, nachdem die Vertuschungsversuche der Migrantenskandale in der Kölner Silvesternacht durch die deutschen Medien bekannt wurden. Eine Entschuldigung des ZDF für seinen journalistischen Sündenfall änderte nichts an der zunehmenden Sorge der Polen, daß das Kölner Exempel nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellt und daß sich das Verhalten der deutschen Medien noch weiter ausbreiten würde. Claudia Zimmermann, seit 23 Jahren Korrespondentin des WDR, hat gestanden, daß die Mitarbeiter der öffentlich rechtlichen Medien den Wink „von oben“ bekamen, die Migrantpolitik von Angela Merkel in einem positiven Licht darzustellen. *„Es war kein dauernder Druck, aber alle Mitarbeiter wußten, was erwartet wurde. Die Journalisten haben Selbstzensur vorgenommen, damit sie sich in die Grundsätze der political correctness einpassen können“.* ZDF-Journalist Wolfgang Herles dazu: *„Es gibt tatsächlich Anweisungen von oben, auch im ZDF. Heute darf man nichts negatives über die Flüchtlinge sagen. Das ist Regierungsjournalismus und das führt dazu, daß die Leute Vertrauen in uns verlieren“.*

■ Die große Polenschelte

Vor diesem Hintergrund wirken die Warnungen deutscher Kommentatoren und Politiker vor einer Gefährdung der Demokratie und Pressefreiheit in Polen zumindest heuchlerisch.

Ein paar Kostproben aus FAZ: „Putsch in Polen“, SZ: „Polen auf dem Wege zum autoritären Staat“, Berliner Zeitung: „Polen und Ungarn gefährlicher als der islamische Staat“, EU-Vorsitzender Schulz: „Gesteuerte Demokratie à la Putin“, „Putinisierung der Politik“, EU-Kommissar Oettinger: *„Vieles spricht da-*

für, daß wir Polen unter Aufsicht nehmen müssen.“

Was ist der Anstoß zu einer so massiven Polenschelte? Neben der üblichen Abneigung gegenüber der neuen rechtskonservativen Regierung hat sich die Empörung über Polen an diversen Veränderungen im Verfassungsrecht sowie in den öffentlich-rechtlichen Medien entzündet.

Wahrscheinlich hat durch die Ernennung neuer Richter sowohl die links-liberale „Bürgerplattform“ (PO) als auch die jetzt regierende rechtskonservative „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Verfassung verletzt. Die Juristen streiten darüber und ein Konsens ist momentan nicht in Sicht. Bei den gegen Polen erhobenen Vorwürfen gibt es jedoch eine Kehrseite, die von den selbstgerechten westlichen Kritikern gern übersehen wird. Als im vergangenen Juni die linksliberale PO als regierende Partei mit der erwiesenermaßen rechtswidrigen Ernennung von Funktionären begann und PiS dagegen Protest einlegte, haben weder das europäische Parlament, noch die westlichen Medien den kleinen Finger gerührt.

Die gleiche Doppelbödigkeit gilt für den Medienstreit. Kurz vorm Ende 2015 wurde in Polen das Gesetz verabschiedet, laut dem einer der Minister die Schlüsselstellen im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen mit seinen Leuten beset-

„ (...) Heute darf man nichts Negatives über die Flüchtlinge sagen.

zen darf. Das Gesetz soll für ein halbes Jahr gelten, bis ein ganz neues verabschiedet wird mit dem

Ziel, die Medien richtig parteiunabhängig zu machen.

In der jüngsten polnischen Geschichte



Jerzy Prokopiuk

absolvierte zunächst ein Theologiestudium in seiner Heimatstadt Wroclaw.

In weiterer Folge wandte er sich der empirischen Sozial und Wirtschaftsforschung zu. Als Direktor des polnischen IMAS Instituts ist J. Prokopiuk zugleich ein besonders guter Kenner der polnischen Gesellschaft und ihrer Entwicklung nach der Liberalisierung des Landes.

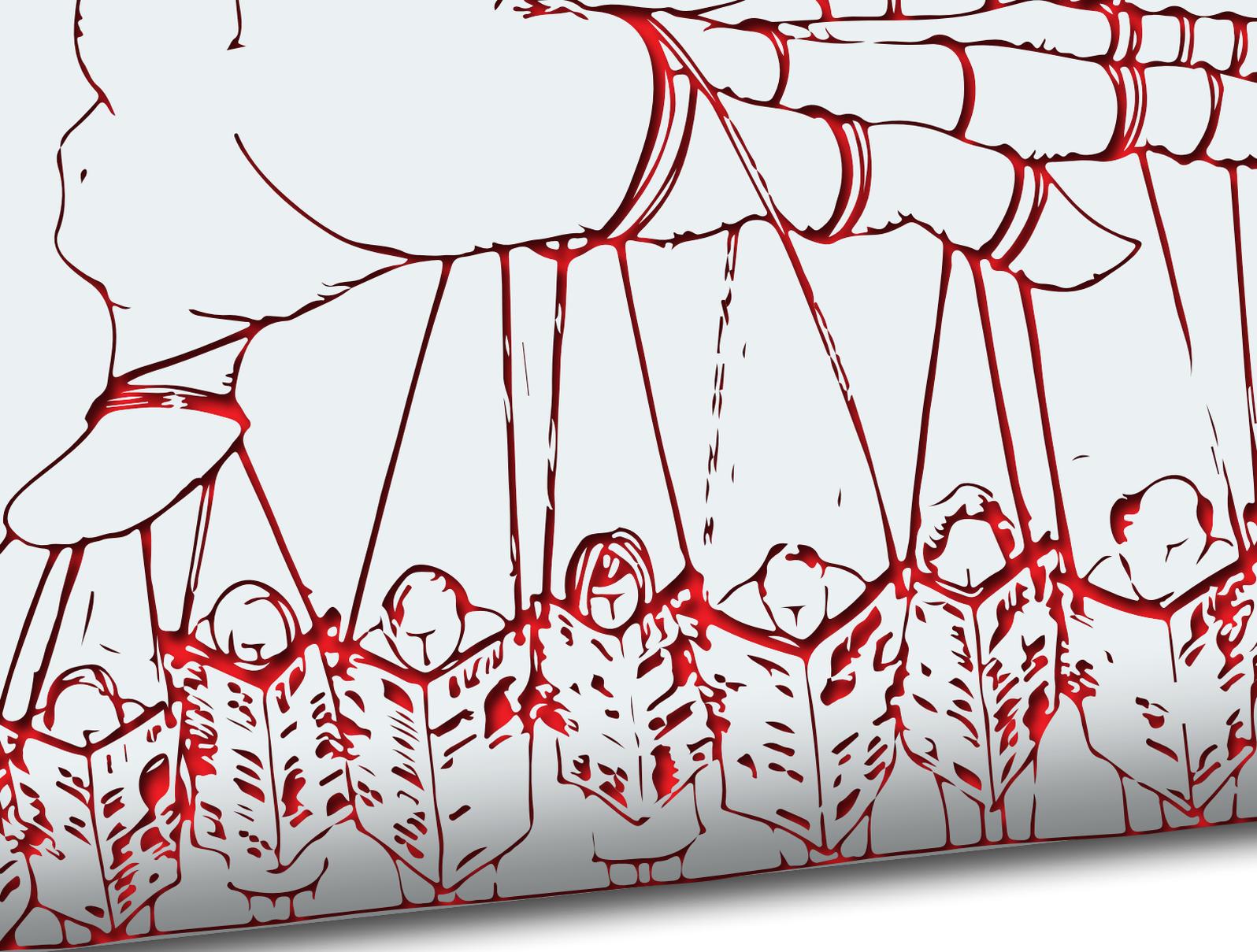


Bild: Wer die Medien beherrscht, besitzt die absolute Macht.

war es immer so, daß die jeweils Regierenden die öffentlichen Medien mit ihren Leuten besetzt haben. Die PO hat die Macht über die Medien über den Medienrat in Form der Ernennung von Mitgliedern ausgeübt, bei denen es sich zumeist um alte Parteigenossen handelte. PiS macht es jetzt direkt über die Regierung. Ist es aber wirklich ein Unterschied, ob Postenbesetzungen durch die Regierung, oder in verschleierter Manner über eine dritte Instanz erfolgen? Ist denn das in Westeuropa ganz und gar anders? Können Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien oder Spanien guten Gewissens von parteiunabhängigen Bestellungen in den AV-Medien reden?

Die Veränderungen in den polnischen Medien haben im Westen heftige Reakti-

onen ausgelöst. Die Kritik gipfelte im Vorwurf der Demokratievernichtung. Vor allem deutsche Medien waren erregt, daß „unabhängige“ (spricht: links-liberale) Journalisten, von einem Tag auf den anderen weg müssen. Niemand hat ein Wort darüber verloren, daß so ziemlich alle konservativen Journalisten auch in den Zeiten der PO aus dem polnischen Radio und Fernsehen weggefegt wurden.

■ Die Interpreten Polens kommen aus linken Medien

Das in den Weltmedien verbreitete nachteilige Bild von Polen wird begreiflich, wenn man sich ansieht, von wem die negativen Kommentare geschrieben werden. Der Blogger „Zelazna Logika“ hat nachgegraben und eine Reihe von



polnischen Journalisten identifiziert, die für westliche Medien schreiben und dort als „*Stimmen aus dem Ausland*“ dargestellt werden.

Die Mißinterpretationen Polens kommen demnach zumeist aus der linksliberalen „*Gazeta Wyborcza*“, dem liberalen „*Newsweek*“, oder der linksradikalen „*Krytyka Polityczna*“. Ihre Berichte und Kommentare kann man verfolgen in: *Die Welt*, *SZ*, *Frankfurter Rundschau*, *Berliner Zeitung*, *ARD*, *Guardian*, *New York*

Times, *Washington Post*, *Le Monde* u.a. Medien. Freundschaftshilfe wird ihnen zuteil von den Kollegen der „*Gazeta Wyborcza*“, von Konrad Schuller aus der FAZ und Florian Hassel aus der SZ. Für die polnischen Echos in den amerikanischen Medien sorgt auch Anne Applebaum, die Frau von Radek Sikorski, dem Außenminister in der PO-Regierung. Für *BBC* betreut Maia Rostowska, die Tochter des Finanzministers in der PO-Regierung, die Sendung „*Is Poland being Putinised?*“

■ Deutsche Verlage regieren an der Weichsel

Manche Hintergründe lassen vermuten, daß die Berichterstattung deutscher Medien über Polen von speziellen Interessen gesteuert wird. Insofern ist es kein Zufall, wenn in Polen selbst berichtet wird, die Deutschen könnten über eine Gefährdung der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder beunruhigt sein. Dazu muß man wissen, daß an der Weichsel

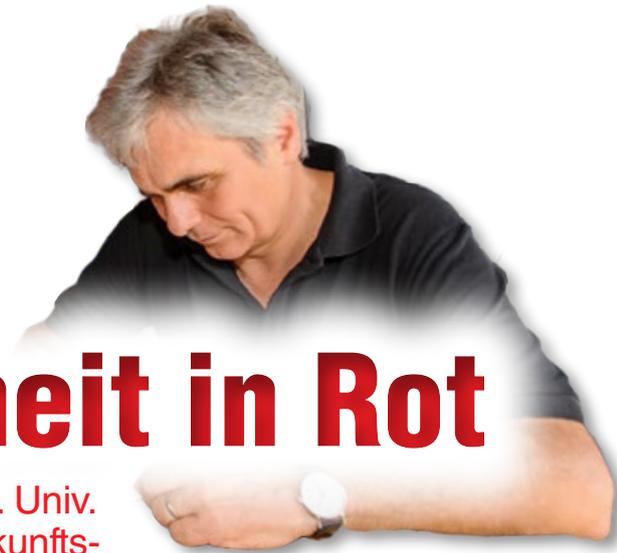
bereits große Summen deutschen Kapitals investiert wurden, insbesondere in die Medien. Die deutschen Zeitungsverlage *Bauer*, *Axel Springer* und *Passauer Neue Presse* besitzen die Mehrheit der polnischen Printmedien und außerdem drei von fünf der wichtigsten Informationsportale im Internet. Die größte polnische Rundfunkanstalt gehört zu Bauer. Das größte Privatfernsehen TVN kam nur deshalb nicht in die Hände von Bauer, weil die Amerikaner mit einem etwas besseren Preis das Rennen machten.

Wie hat sich das jüngste Geschehen auf das politische Stimmungsklima in Polen ausgewirkt? Nach den Ergebnissen von Umfragen blieb die Bevölkerung von der heftigen Kritik aus dem Europaparlament und Deutschland ziemlich unbeeindruckt. Die PiS besitzt weiter einen fast unveränderten Rückhalt. Je nach Umfrage würden 35-40% sie der wieder wählen; bei Straßenprotesten gegen die Regierung versammeln sich nur wenige tausend Leute.

Bedauerndswert ist freilich, daß der Streit den einst guten deutsch-polnischen Beziehungen erheblichen Schaden zugefügt hat. Die Internetforen sind voll von Kommentaren wie: „*Wir bitten unsere Nachbarn, ihre Nasen nicht in unsere internen Angelegenheiten zu stecken*“, oder „*Liebe Deutsche, sorgt eher dafür, daß eure Kanzlerin den Terrorismus nicht importiert*“. Im Gegensatz dazu bringt der „*Spiegel*“ reihenweise polenfeindliche Kommentare.

Die alten Gespenster scheinen wieder los zu sein. Kann man sie stoppen? ■

“ Manche Hintergründe lassen vermuten, daß die Berichterstattung deutscher Medien über Polen von speziellen Interessen gesteuert wird. ”



Verdrossenheit in Rot

Der Technologiewissenschaftler em.o. Univ. Prof. Helmut Detter beginnt an der Zukunftsfähigkeit seiner SPÖ zu zweifeln und sagt sehr deutlich warum

Er besitzt als Angehöriger der höchsten Bildungsschicht die statistischen Merkmale eines Wechselwählers. In Wirklichkeit war Univ. Prof. Dr. Helmut Detter der SPÖ über Jahrzehnte hinweg treu verbunden und arbeitete aktiv in der Partei mit. Unter dem Eindruck des jüngeren Geschehens ist diese Harmonie nunmehr ins Wanken geraten. Nach einem kolportierten Bonmot entspricht die Gefühlsbeziehung Detters zur heutigen Sozialdemokratie der Temperatur seines Kühlschranks. Das Motiv seiner Verdrossenheit liegt in einer tiefen Sorge um die Zukunft Österreichs. Der Attersee Report hat nachgefragt nach dem Warum und erhielt Antworten, die nachdenklich stimmen.

FRAGE: „Herr Prof. Detter, Sie können auf ein sehr erfolgreiches Leben als Wissenschaftler, aber auch als Manager und Konzeptentwickler zurückblicken. Dazu zählten beispielsweise Gutachten für die Verstaatlichte Industrie, die Umstrukturierung des Forschungszentrums Seibersdorf, die Gründung der ersten Fachhochschule in Österreich und der Aufbau von vielen Fachgebieten in Lehre und Forschung. Warum hat sich nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft so viel politischer Frust mit Ihrer Partei, der SPÖ, angesammelt?“

DETTNER: „Auf den einfachsten Nenner gebracht: Ich passe mit der Partei in ihrer heutigen Erscheinungsform nicht mehr zusammen. Sie ist mir fremd geworden. Ich fühle mich dort gedanklich nicht mehr zu Hause. Vor allem vermisse ich die Neugestaltung und Durchsetzung der Forschungs- und Bildungspolitik. Die einstige

Idee des Fortschritts hat in der heutigen SPÖ und ihrer personellen Besetzung leider keine Chance. Dazu kommt das völlige Versagen in der Flüchtlingspolitik und das Verkennen der Öffentlichen Meinung“

F: „Was waren eigentlich Ihre ursprünglichen Beweggründe, Ende der 70er Jahre Mitglied der SPÖ zu werden?“

D: „Meine Neigung für die SPÖ entwickelte sich aus den persönlichen Kontakten mit der seiseinerzeitigen Wissenschaftsministerin Frau Firnberg, für die ich eine Fülle von Forschungsideen im Bereich von Mikroelektronik, Materialwissenschaft und Mechatronik verwirklichen konnte. Sie war es, die mich mit dem Gedankengut der Sozialdemokratie vertraut gemacht hat.“

F: „Welche Merkmale der Sozialdemokratie haben Ihnen damals besonders imponiert?“

D: „Für mich als Technologen spielt bei der Einschätzung einer politischen Partei ihre Fortschrittsgesinnung, Innovationsfreudigkeit und Dynamik eine große Rolle. Diese Vorzüge waren in der SPÖ der 70er und 80er Jahre in hohem Maße gegeben.“

F: „Was hat sich seither verändert?“

D: „Ich mußte ab etwa Ende der 90er Jahre nach einer sehr intensiven beruflichen Phase, in der ich u.a. an der TU Wien vier damals weitgehend nicht vor-

handene Fachgebiete in Lehre und Forschung aufgebaut habe, feststellen, daß die Wissenschafts- und Forschungspolitik in der SPÖ an Stellenwert verloren hat. Die forschungspolitischen Schwerpunkte verlagerten sich zunehmend in das Wirtschaftsministerium und in späterer Folge auch in das BMVIT, das bis hin zu Herrn Klug mit völlig fachfremden Ministern besetzt war. Die untrennbar zusammengehörigen Themenfelder Grundlagenforschung und angewandte Forschung wurden damit mehr und mehr einem einheitlichen Strategieplan entzogen."

F: "Was bedeutet das für Österreich?"

D: „Die parteipolitisch motivierten Besetzungen von Ministerposten mit Dilletanten lassen Nachteile für Forschung, Technologie und Innovation sowie negative Folgen für die Leistungskraft Österreichs im internationalen Wettbewerb mit führenden Industrienationen und Exportländern befürchten. Der letzte Schritt der Regierung, das Wissenschaftsministerium aufzulösen, beschleunigt den weiteren

Niedergang Österreichs als Wirtschaftstandort. Was mich verwundert, ist die Widerstandslosigkeit, mit der diese Aktion in der SPÖ-nahen Wissenschafts- und Wirtschaftsszene hingenommen wurde. Offenkundig hat sich die SPÖ damit abgefunden, daß diese Themen ausschließlich von der ÖVP behandelt werden.“

F: „Was sind Ihrer Meinung nach Ursachen dafür, daß Österreich, wenn es um Forschung, Technologie und Entwicklung geht, ins Mittelfeld der Industrieländer abgleitet?“

D: "Die österreichische Industrie und das produzierende Gewerbe setzt sich zum einen aus einer hohen Zahl zuverlässiger, qualitätsorientierter KMU's mit gutem Branchenmix und zum anderen aus einer Gruppe von Nischenplayern auf Weltmarktniveau zusammen. Den meisten österreichischen Unternehmen gelang

“ Ich passe mit der Partei in ihrer heutigen Erscheinungsform nicht mehr zusammen. Sie ist mir fremd geworden.



Bild: Univ.-Prof. Helmut Detter mit der ehemaligen Wissenschaftsministerin Herta Firnberg. Sie war es, die den Technologieexperten mit dem Gedankengut der Sozialdemokratie vertraut gemacht hat.



Wirtschaftsstandort Österreich..

es, in einer langen Wachstumsphase der Wirtschaft im EU-Raum als Trittbrettfahrer der deutschen Wirtschaft erhebliche Exporterfolge zu erzielen. In dieser Phase war es noch möglich, sich mit relativ bescheidenen Forschungsaktivitäten zu behaupten. Im Vordergrund standen Liefertreue, gute Qualität und kundenfreundliche Innovationsschritte. Dieses Verhaltensmuster hat bis etwa 2005 ausgereicht, die wirtschaftliche Stellung Österreichs zu sichern.“

F: „Sie meinen, das ist heute nicht mehr möglich?“

D: „Diese bequeme Situation ist Vergangenheit. Die Erkenntnis ist allerdings nicht neu. Insider haben schon vor zehn Jahren erkannt, daß sich der Wind dreht und Maßnahmen gegen die beginnende Schiefelage eingefordert. Leider umsonst. Die Warnrufe stießen auf taube Ohren. Daran zeigte sich, daß überwiegend die falschen Leute mit wichtigen Führungspositionen betraut wurden. Das gilt nicht nur für politische Funktionen sondern auch für die Unfähigkeit der Partei, echte Profis in die Restmasse von strategisch wichtigen verstaatlichten Unternehmen, wie z.B. OMV, Telekom, ÖIAG-Nachfolgeholding, zu berufen.“

F: „Haben wir also ein Forschungsmanko?“

D: „Ja, zweifellos. Im Vergleich zu anderen Industrieländern ist unsere Forschungs- und Technologiepolitik immer weniger dem internationalen Level angepaßt worden. Die erwähnten Forschungsversäumnisse in Industrie und produzierendem Gewerbe ergeben zusammen einen negativen Multiplikator. Hinzu kommt die fehlende Koordination in der Forschung mit entsprechender Verzette-

lung der Zuständigkeiten. Die Verantwortung für diese negative Entwicklung muß den „Vorständen“ des Unternehmens Österreich, also dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler zugeordnet werden.“

F: „Sie hatten bekanntermaßen insbesondere zum ÖGB ein Naheverhältnis und damit auch zu den Sozialpartnern. Wie bewerten Sie diese Institutionen heute?“

D: „Die Geschicke Österreichs werden nach wie vor hauptsächlich von der Bundesregierung, den Sozialpartnern und einigen machtbewußten Landeshauptleuten gelenkt. Eine solche Steuerungsstruktur kann im Prinzip funktionieren, sie kann aber auch, wenn ideologische Konflikte oder machtpolitische Aspekte Überhand nehmen, zu Lähmungen führen. Das ist jetzt der Fall. Die Politik leidet ganz offenkundig unter einer Entscheidungsparalyse. Die Zeiten, in denen Benya und Sallinger als Repräsentanten von ÖGB und Wirtschaftskammer die standespolitischen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter dem Gesichtspunkt des österreichischen Gesamtwohls ausgefochten haben, sind offensichtlich vorbei. Viele persönliche Erlebnisse in der Szene und andere Erkenntnisse aus dem Netzwerk der Sozialpartner haben mich zur Überzeugung gebracht, daß eine generelle Umstrukturierung der Sozialpartnerschaft ansteht. Zur Diskussion gestellt werden muß auch

“ Daran zeigte sich, daß überwiegend die falschen Leute mit wichtigen Führungspositionen betraut wurden. “

die Zwangsmitgliedschaft zu Wirtschafts- und Arbeiterkammer. Sie verliert immer mehr an Sinnhaftigkeit.“

F: „Wie sehen Sie die Situation der EU im Hinblick auf unsere eigene Lage?“

D: „Der Zustand Europas ist bestürzend.“

Schuld daran ist ein Schwall von politischen Fehlentscheidungen und Versäumnissen, an denen Österreich zwar nicht die Hauptverantwortung, aber eine teilweise Mitschuld trägt. Als besonders schwerwiegend betrachte ich die übereilte und offenbar auf NATO-Strategien beruhende Osterweiterung der EU. Daraus ist ein Konglomerat von Ländern mit kraß unterschiedlicher Wirtschaftskraft entstanden. Dazu kommt eine vom Machtinteresse geprägte, für Europa desaströse amerikanische Außenpolitik, die zu einer völligen Destabilisierung des Mittelmeerbereichs, des arabischen Raums und Afghanistans geführt hat. Das von Amerika mitbestimmte EU-Embargo gegen Rußland hat ebenfalls die europäische Industrie schwer getroffen und keinesfalls die amerikanische Wirtschaft. Als eine Folge der amerikanischen Politik wurde Europa eine Flüchtlingswelle von einmaliger Dimension beschert. Das „Yes we can“ des US-Präsidenten Obama und das „Wir schaffen es“ von Frau Merkel entpuppten sich als fatale Botschaften. Die europäische Politik ist zu einer Wortblasengesellschaft ohne Handlungsfähigkeit und Plan verkümmert“.

F: „Nun gut, aber was hat das mit Ihrem Verdruß an der SPÖ zu tun?“

D: „Mein Vorwurf gegen unsere Regierung, insbesondere aber an den Bundeskanzler besteht darin, daß er sich viel zu lang und willenlos in eine greifbar falsche Flüchtlingspolitik einbinden ließ, die Anliegen der eigenen Bevölkerung nicht erkannte und nur mit pathetisch vorgetragenen Absichtserklärungen auf die Situation reagierte. Werner Faymann und sein Beraterteam haben die Wortblasen zu einer Art Kunstform entwickelt anstatt das explosionsartig sich

vermehrnde Asylantenvolumen rechtzeitig auf ein verkraftbares Maß zu reduzieren. Die Quittung für diese inhaltsleere Ankündigungspolitik bestand deutlich genug in den verlorenen Landtagswahlen des letzten Jahren und als Fortsetzung davon in den aktuellen Meinungsumfragen. Das alles sind für einen alten Sozialdemokraten schmerzhaft Erlebnisse.“

F: „Ihre Worte lassen vermuten, daß die Ursachen für die mißliche Lage der SPÖ und ihre Vertrauensverluste bei den Wählern vor allem auf das Versagen ihres Parteivorsitzenden zurückzuführen sind.“

D: „Wenn das so wäre, könnte sich die SPÖ relativ mühelos aus ihrer tristen Situation befreien, indem sie die Parteispitze auswechselt und durch tüchtigere Leute ersetzt. Aber wo sind die zu finden? Die wahre Ursache der Misere besteht in einer völligen Ratlosigkeit fast aller Parteigranden, auf die immer schneller werdenden Veränderungen unserer Zeit mit angemessenen Konzepten zu reagieren. Natürlich ist es nicht leicht, auf den technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel

“ Dazu kommt eine vom Machtinteresse geprägte, für Europa desaströse amerikanische Außenpolitik, die zu einer völligen Destabilisierung des Mittelmeerbereichs, des arabischen Raums und Afghanistans geführt hat.

Die amerikanische Nahostpolitik stürzte Europa ins Flüchtlings-Chaos, während die Amerikaner davon selbst betroffen sind. Ein Schelm wer böses dabei denkt.





Wahlkampf-Slogans der SPÖ aus besseren Zeiten. Das war einmal...

die passenden Antworten zu finden, ohne gegen die gesellschaftspolitische Verantwortung zu verstoßen. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie in ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gestanden ist und dabei auch Bedeutendes geleistet hat. Dieser historische Prozeß ist unter den heutigen Rahmenbedingungen jedoch an ein Ende gelangt und kann mit den gewohnten Instrumentarien der Gesellschaftspolitik nicht fortgesetzt werden. Die Arbeitswelt hat sich fundamental verändert und verlangt nach neuen Lösungen."

F: „Könnten Sie das noch etwas näher erläutern?“

D: „Der Kern des Problems besteht darin, daß die rasante Entwicklung neuer Technologien sowohl im Produkt- als auch im Dienstleistungssektor Arbeitsabläufe erlaubt, die entweder gar keinen, oder doch nur sehr geringen Einsatz menschlicher Arbeitskraft erfordern. Faktum ist, daß viele im Weltmarkt agierende Unternehmen, insbesondere multinationale Konzerne, ihre Erträge laufend steigern, ohne Arbeitskräfte aufzunehmen. Daß dieser Prozeß bereits voll im Gange ist, bestätigen in simpler Form die ständig steigenden Arbeitslosenzahlen. Die verzweifelten Versuche, der Entwicklung mit konventionellen Maßnahmen der Sozialpolitik zu begegnen, sind zum Scheitern verurteilt. Die bewährten Instrumente der Vergangenheit greifen nicht mehr.“

F: „Sie meinen also, es geht uns die Arbeit aus?“

D: „Diesen Schluß zu ziehen, wäre falsch. Die Arbeit wird uns nicht ausgehen, aber es wird neue und andere Formen der Beschäftigung und Erwerbstätigkeit geben als bisher. Wer diesen Veränderungspro-

zeß als politischer Entscheidungsträger nicht erkennt und darauf vertraut, daß sich die Dinge von alleine regeln werden, hat es zu verantworten, daß sein Land zum Verlierer des Wandels wird. Was zur Sicherung unserer Zukunft unumstößlich geschehen muß, ist ein ganzer Fächer von sozialen, wirtschaftlichen, bildungs- und forschungspolitischen Maßnahmen. Die Zeit für die Schaffung der nötigen Organisationsstrukturen und gesetzlichen Grundlagen drängt allerdings. Aber es geschieht dafür ebenso wenig wie für die wirksame Eindämmung der nicht mehr verkräftbaren Zuwanderung. Ungeachtet dieser schreiend wichtigen Existenzprobleme gilt das parteipolitische und mediale Interesse der Frage, wer als Nachfolger Heinz Fischers in die Hofburg einzieht, also einem Ereignis von wahrhaft untergeordneter Bedeutung.“

F: „Es wird heutzutage viel davon gesprochen, daß die SPÖ, aber auch andere sozialdemokratische Parteien Europas in einer Sinnkrise stecken. Was sind Ihrer Meinung nach die Aufgaben einer modernen Sozialdemokratie?“

D: „Die Ziele der Sozialreformer der 19. Jhrts sind im wesentlichen erreicht. Das soziale Netz ist, jedenfalls in Österreich und Deutschland, eng geknüpft. Was jetzt ansteht, ist die Existenzsicherung der Arbeitnehmer, indem man ihre Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit unseres Landes erhöht. Sicherheit durch upgrading gewissermaßen. Und natürlich muß es auch ein Ziel der SPÖ sein, Lösungen der Flüchtlingsfrage zu finden, die nicht zum Nachteil der eigenen Bevölkerung geraten.“

F: „Für wie reformfähig halten Sie die SPÖ?“

D: „Ich vermisse in der Partei jegliche Art von innovativen Impulsen. Die Architekten des neuen Parteiprogramms bedienen sich der Konstruktionstechniken des 19. Jahrhunderts. Sie sind bildlich gesprochen dabei, in den Neubau Österreichs Holz- und Kohleheizungen zu installieren, anstatt an die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie zu denken. Sie lassen so ziemlich alles beiseite, was an modernen Erkenntnissen, beispielsweise über die demographische Entwicklung, vorliegt. Sie deklamieren Modernität und reisen gedanklich noch mit dampfgetriebenen Lokomotiven.“

F: „Unsere globalisierte Welt führt zu einer zunehmenden Abhängigkeit von internationalen Vorgängen und Bindungen. Welche Schlüsse ziehen Sie aus diesem Sachverhalt?“

D: „Der nationale Handlungsspielraum eines Kleinstaates wie Österreich ist natürlich beschränkt. Unsere Operationsbereiche sind aber auf jeden Fall groß genug für das setzen nationaler Maßnahmen zur Sicherung unserer Position im wirtschaftlichen Wettbewerb. Die wirtschaftliche Bindung an Deutschland samt Sprachengleichheit wären durchaus günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Forschungs-, Bildungs- und Technologiepolitik im regionalen Bereich. Auch hier vermisse ich Ideenreichtum und Tatkraft unserer politischen Geschäftsführung im Ballhausplatz Nr.1 zur konsequenten Nutzung unserer Chancen.“

F: „Ihr Verdruß in Bezug auf die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung sitzt

ohne Zweifel sehr tief. Gibt es neben den diskutierten Problemen noch weitere Dinge, die Ihre Enttäuschung von der SPÖ erklären?"

D: „Das Spektrum meiner Kritik ist tatsächlich noch breiter. Was die SPÖ trotz jahrelanger Regierungsverantwortlichkeit leider nicht geschafft hat, ist beispielsweise die Umsetzung gleicher Entlohnung für gleiche Tätigkeiten unabhängig vom Geschlecht, die Abschaffung der trennenden Begriffe „Arbeiter“ und „Angestellte“ zugunsten der einheitlichen Bezeichnung „Arbeitnehmer“. Versäumt wurden auch wirksame Maßnahmen gegen eine seit Jahrzehnten laufende Kapitalkonzentration wie etwa Gesetze zu schaffen, die eine hohe und schnelle Absetzbarkeit von Investitionen anstelle laufend erhöhter Gewinnentnahmen ermöglichen, ferner die Einführung einer Transaktionssteuer und generell die signifikante Erhöhung von Steuern auf arbeitslose Vermögen und Erbschaften. Hier wurde sei-

tens der SPÖ viel angekündigt, aber Weniges bis Nichts umgesetzt.“

“ Hält sich ein Koalitionspartner nicht an getroffene Vereinbarungen, ist die Koalition aufzukündigen.

F: „Hat die SPÖ an all diesen Fehlern und Versäumnissen die Alleinschuld, oder sollte man als Milderungsgrund auch das Bremsverhalten des Koalitionspartners ÖVP in Rechnung stellen?“

D: „Als stimmenstärkste Partei stellt die SPÖ den Bundeskanzler. Ist ein Koalitionspartner erforderlich, ist exakt festzulegen, welche Kompromisse einzugehen sind, ohne die den Wählern versprochene Linie zu verlassen. Hält sich ein Koalitionspartner nicht an getroffene Vereinbarungen, ist die Koalition aufzukündigen. Es ist zu wenig, sich als Moderator einer Stillstandspolitik zu betätigen, oder sich durch situationselastisches Verhalten, wie dies Herr Klug in der ‚Zaundebatte‘ bewiesen hat, über Wasser zu halten. Die Schuld der eigenen Inaktivität auf den Koalitionspartner zu schieben, ob zurecht oder zu unrecht, ist unzulässig.“

F: „Konsequent zu Ende gedacht, bedeutet dies, daß sich die SPÖ entweder einen anderen Regierungspartner suchen, oder aber als Ausweg den Gang in die Opposition ins Auge fassen sollte.“

D: „Genauso ist es“. ■

Das Interview wurde von Irene Burdich durchgeführt.

Die SPÖ und die Flasche als Spitzenkandidat.



Meinungsfreiheit mit Passierschein

Verstopfte Ventile der Kommunikation – Das freie Wort steht unter der Aufsicht von Scheinmoral – Eine kritische Betrachtung unserer Diskussionskultur

Wenn ein Unternehmen vor der Pleite steht, beginnt zumeist das Führungsteam untereinander zu streiten. Man schiebt sich gegenseitig die Schuld zu und der Boss nörgelt eher an unausgeleerten Papierkörben oder ungespitzten Bleistiften, als daß er mit kühlem Kopf brauchbare Ideen entwickeln würde. Auch Europa bietet das klägliche Bild einer maroden Firma, in der Zank und Hader alle zukunftsorientierten Initiativen töten. Kein Zweifel: Wir stecken nicht nur in einer Flüchtlingskrise, sondern als deren Folge auch knietief in einer Systemkrise. Sie hat das gesamte politische und wirtschaftliche Getriebe erfaßt und stellt alles in Frage, was bis vor Kurzem noch einigermaßen zu funktionieren schien. Was ganz besonders alarmiert, ist, daß unter dem Druck des Geschehens auch die inneren Bindungen immer mehr zu zerbrechen drohen und daß sich eine neue Beziehung zwischen Bürger und Staat anbahnt. Auf dem Spiel steht nicht allein unser Wohlstand und die Sicherheit, sondern auch unsere Freiheit. Bedroht ist die Freiheit des Redens und sogar des Denkens. Schuld daran sind jene, die die Ideale der Aufklärung auf der Zunge, den Zensurstift in der Hand und die Paragraphen des Strafgesetzes im Hinterkopf haben.

Daß man sich um die Meinungsfreiheit und das politische Mitgestaltungsrecht der Bürger Sorgen machen muß, hat in aller Deutlichkeit die Völkerwanderung aus dem Orient gezeigt, die schon bald eine zermalmende Kraft entwickelte, der Europa, wie man inzwischen weiß, nicht gewachsen ist.

Der Beginn der europäischen Tragödie läßt sich punktgenau auf den 4. September 2015 datieren, als Angela Merkel die Grenzöffnungen verkündete.

Die Szene hat sich indessen gründlich verändert. Die Illusionen des Begrüßungskomitees haben sich verflüchtigt. An den Grenzen stehen Zäune, die man anfangs für nutzlos hielt, das Bundesheer wird wieder aufgerüstet, die Polizei verstärkt, der Beamtenapparat für die Kontrollen der Migranten vergrößert. Eine Hercules-Maschine für den Rücktransport von Abgewiesenen ist aufgetankt, wenngleich der Abflug wohl nicht so bald stattfinden wird. Dazu müßte man die Kandidaten für den Abschied zunächst einmal finden.

Wohin man schaut, stößt man auf handfeste Belege des Versagens und das Scheitern einer verhängnisvollen Appeasementpolitik, die sich nicht scheute, dabei Rechte und internationale Vereinbarungen außer Kraft zu setzen.

■ Semantik gestern und heute

Der Wandel von der Willkommenstrunkenheit zum Erschrecken ist auch verbal spürbar. *“Wer vor wenigen Monaten verlangt hat, was heute Regierungspolitik ist, war rechtsradikal oder ein Nazi, wenigstens ein Rassist oder Fremdenfeind“*... *“Wer vor Masseneinwanderung junger muslimischer Männer gewarnt hat, war islamophob“* schrieb Monika Maron in der FAZ.

“ Bedroht ist die Freiheit des Redens und sogar des Denkens.

Charakteristisch für 2015 waren die Formeln „Der Islam gehört zu uns“, „Zäune können niemand aufhalten“, „Wir sind ein Einwanderungsland“, „Die Zuwanderer sichern unsere Pensionen“, „Das Boot ist noch lange nicht voll“, „Asyl hat keine Obergrenze“, „Die Flüchtlinge sind eine Bereicherung“ und das Signalwort „Willkommenskultur“.

Sprachelemente von heute sind „Flüchtlingskrise“, „Abschiebung“, „Null-Toleranz“, „Integrationspflicht“, „Lügenpresse“, „Deutschkurse“, „Schutz der Außengrenzen“, „Aufnahmestop“, „Integrationspflicht“, „Wertesystem“, „Terrorangst“, „Grenzkontrollen“.

■ Die Mitte hat sich nach rechts verschoben

Mit der Sprache haben sich auch die politischen Gewichte verschoben. Die vor einem Jahr noch sehr linkslastige „Mitte“ ist europaweit nach rechts gerückt. In Österreich hat sich der Einstellungswandel bereits in den Landtagswahlen des Vorjahres abgezeichnet. Die klassischen Volksparteien verlieren den Boden unter den Füßen, weil sie auf die brennendsten Gegenwartsprobleme keine Antworten haben und demgemäß keinen „Produktnutzen“ mehr bieten. Der Markenkern der SPÖ war einmal das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, solidarische Umverteilung, Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaftsnähe. Prägende Merkmale der ÖVP waren Soziale Marktwirtschaft, solide Staatsfinanzen, bürgerlich-konservatives Familienbild und Christentum. Diese politischen Tugenden haben mehr und mehr ihre Bindungskraft verloren. Was für die Mehrheit der Österreicher, egal welcher sozialen Herkunft, heute zählt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Verteidigung der eigenen Lebensform.

■ Strategiewechsel der Zeitgeistmedien

Wie haben die Medien auf die neue Situation

reagiert, nachdem die Willkommensrhetorik jegliche Logik verloren hat?

Zu beobachten ist eine merkliche Verunsicherung und ein Rückzugsgefecht der Zeitgeistmedien und eine neue Dialektik, ohne die gestrigen gedanklichen Positionen aufgeben zu wollen. Kennzeichnend für das Medienverhalten ist eine Strategie des Verschweigens und Verniedlichens von unbequemen Sachverhalten, dem sich bisher nur die Kronzeitung konsequent widersetzt. Der von den kleinen Blättern häufig angekläffte Auflagenriese hat als einziges Medium die absurde Empfehlung des Presserats, bei Straftaten von Migranten das Herkunftsland zu verschweigen, zurückgewiesen.

Ein weiteres Charakteristikum des mainstream-Journalismus ist der Versuch, die auch nur einen halben Meter rechts der Mitte stehenden Menschen als „Populisten“ zu diskreditieren. Diesem Vorhaben diente ganz offensichtlich auch eine von Ingrid Thurnher moderierte Diskussionsendung unter dem bezeichnenden Titel „*Politshow, Pointen, Peinlichkeiten - die Stunde der Populisten*.“ In der mediokeren Diskussionsrunde befanden sich u.a. ein ultra-linker Kabarettist und ein sogenannter Journalist des Jahres, dessen gedanklicher Input jedoch nicht erkennen ließ, warum man ihn so nennt. Der Journalist des Abends war er jedenfalls nicht.

Worum es der Diskussionsrunde ging, war, den nebulösen und wissenschaftlich nicht faßbaren Begriff Populismus als eine (natürlich ausschließlich rechts angesiedelte) bössartige, visionslose und einfältige Protestbewegung zu brandmarken. Allgemeiner Tenor: Populisten sind Hetzer und Querulanten. Zur Diskussion gestellt wurden nicht die politischen Mißstände und Protestgründe, sondern der Protest an sich. Protest, sofern er sich gegen den linksgrünen Katechismus richtet, hat in der Demokratie nichts zu



Asyl und Flüchtlinge vor dem Presserat

suchen und gilt als moralisch verwerflich. Medien sind Brandbeschleuniger, wenn es gegen bürgerlich konservative Ideen geht und Schaumlöscher von Vorgängen, die sich nicht in das links-grüne Dogmenbündel fügen.

■ Stolpersteine für den Wähler

Die Vorgänge rund um die Flüchtlingskrise rücken die Frage nach der politischen Partizipation der Bevölkerung ins Rampenlicht. Das theoretische Modell der Demokratie besteht darin, daß der mündige Bürger mitdenkt, mitredet und zur Gestaltung einer problemgerechten Politik beiträgt. In Wirklichkeit hat der Bürger sehr wenige Möglichkeiten, sich politisch einzubringen. Die meist seltenen und flüchtigen Begegnungen mit seinem Abgeordneten und der Austausch von Meinungen im Familienkreis oder unter Bekannten ist zweifellos zu wenig zur aktiven Teilnahme am politischen Leben.

Ein zumindest kleines Ventil für das politische Gestaltungsbedürfnis könnten die Leserbrief-Rubriken der Zeitungen darstellen. Die Printmedien haben allerdings wenig Lust, die Ventile für die Publikumsmeinung zu öffnen. Abgesehen davon, daß der Platz für Leserbriefe eng bemessen ist, werden die Zuschriften von den Redaktionen sorgsam gesiebt. In der Regel bekommen nur solche Meinungen einen Passierschein, die der überwiegend linksliberalen redaktionellen Linie der Zeitung entsprechen. Nicht zuletzt jene Blätter, die sich gern mit dem Lorbeer „Qualitätsblatt“ schmücken, in Wirklichkeit aber zu kraftlos, ideenlos oder zu ängstlich sind, selbst klare Positionen zu beziehen, scheuen sich, ihren Lesern allzu große Freiräume für nicht konforme Meinungen zu geben. Unter diesen Umständen sollte man sich nicht wundern, wenn viele Menschen den Weg ins Internet suchen und sich dort unter dem Schutz der Anonymität bisweilen in der Wortwahl vergreifen.

Die kritische Beobachtung der politischen Szene zwingt zur Feststellung, daß in Österreich viel geschrieben, viel geschimpft, im Grunde aber wenig ernsthaft diskutiert wird. Am allerwenigsten diskutiert werden ausgerechnet solche Themen, über die eigentlich am meisten geredet werden müßte. Zum Beispiel über *die politische Einseitigkeit des ORF, die Meinungsfreiheit, das dubiose Verhalten des Presserats; die Funktionsfähigkeit des Bundesheeres, das Entstehen von Parallelgesellschaften auch in Österreich (siehe Favoriten); die Abschiebungsquoten und die Abschiebungswirklichkeit; die drohende Totalkontrolle des Bürgers durch den Staat (Stichwort: „Gläsernes Konto“); Exzesse von Linksradiakalen bei Demonstrationen (Abfackeln von Autos, Angriffe auf Polizisten) etc.*

■ Gezügelter Humor

Das Verschweigen und Tabuisieren von unliebsamen Themen reicht bis in die Gestaltung des Humors hinein. Die Faschingsgilden unterzogen sich einer verabredeten Askese für das Flüchtlingsproblem und regulierten ohne einen Hauch von Humor, worüber gelacht werden durfte und worüber nicht. Verletzungen des humoristischen Keuschheitsgelübdes, wie etwa die Dekoration eines Umzugswagens als Panzer mit der Aufschrift „Ilmtaler Asylabwehr“ zogen den Ruf nach der Staatsanwaltschaft wegen möglicher Volksverhetzung nach sich.

Wie war es denn nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo? Hieß es da nicht, Satire müsse alles dürfen? Keinerlei Beschränkung gab es jedenfalls dafür, den CSU-Chef Seehofer als Vogelscheuche zu zeigen.

Ein journalistisches Schelmenstück außerhalb des Faschings leistete sich der KURIER-Redakteur Böhmer, als er unter dem 6-spaltigen Titel „Manche Politiker gehören kastriert“ ein FPÖ-Treffen in der Rieder Jahnturnhalle beschrieb. Die Überschrift suggerierte, daß die Äußerung im Rahmen der Veranstaltung von einem dort anwesenden

“ Kennzeichnend für das Medienverhalten ist eine Strategie des Verschweigens und Verniedlichens von unbequemen Sachverhalten, (...)

Freiheitlichen getan wurde. Beim Lesen des Artikels stellte sich heraus, daß dem keineswegs so war. Der angebliche Ausspruch fiel hingegen von einem unbekanntem (anonymen) Herrn in einer Rieder Bäckerei vor der Veranstaltung und außerhalb des Veranstaltungsorts!! In dem Bericht wurden ansonsten die rund 2000 Besucher der prallvollen Turnhalle dann wörtlich als „*bierhumpenschwingende Zwangsgemeinschaft*“ beschimpft. Wie sehr es dem KURIER-Reporter darum ging, die politische Zusammenkunft der Freiheitlichen als Besäufnis zu diffamieren, erweist sich daran, daß das Wort „Bier“ gleich siebenmal im Artikel aufschien.

■ Medien ohne Diskussionslust

Bei der Betrachtung der Medienszene darf nicht unerwähnt bleiben, daß es inmitten einer guten Hundertschaft von politischen Verkündern einige hochkarätige Publizisten mit einem feinen Sensorium für das Zeitgeschehen gibt. Beispiele dafür sind Josef Urschitz, Andreas Unterberger, Gudula Walterskirchen, Hans Winkler, Andreas Koller, Martina Salomon, Christian Ortner oder Klaus Hermann. Ihnen könnte man noch die Namen einer Handvoll anderer Persönlichkeiten hinzufügen, deren Überlegungen einen Kontrast zum mainstream bilden.

Freilich ist es so, daß die Kommentare und Denkanstöße der nicht zum linksgrünen Rudel zählenden Ausnahmejournalisten üblicherweise nicht zum Dialog aufgegriffen werden. Ein echter Diskurs über elementaren Probleme unserer Existenz findet weder zwischen Wählern und Gewählten, noch zwischen Medien und Publikum und höchst selten unter den Publizisten statt. Im Gegenteil, anstelle einer lebendigen Auseinandersetzung über Gegenwartsfragen ist in der Medienwelt eine Tendenz zum Kuscheln, Cliques und folglich zum Konformismus zu beobachten. Ein Paradebeispiel dafür ist die Aktion „AUFBRUCH“, bei der sieben Bundesländerzeitungen plus Presse eine unifor-

me politische Beilage gestalteten und darin die Ansichten eines gleichbleibenden Kreises von 66 Prominenten mit dem Multiplikator 8 vervielfachten. Zusätzlich dazu durften einige der zu Opinion Leaders hochstilisierten Prominenten, wie z.B. Robert Menasse, ihre Weltsicht in Extrabeiträgen vertiefen. Wo bleibt da die in einer Demokratie so wichtige Meinungsvielfalt?

Eine Merkwürdigkeit unserer medialen Szene besteht im übrigen darin, daß die klarsten Worte zum Zeitgeschehen in der Regel nicht von den Leitartiklern und redaktionellen Amtsinhabern, sondern von Gastkommentatoren oder den Lesern kommen. Warum bringen es die Leitartikler nicht in vergleichbarer Klarheit zustande, was der Jurist Walentin in der Krone schrieb: Daß die EU in der Flüchtlingskrise restlos versagte, daß Europa offen ist wie ein Scheunentor, daß die EU der Willkür Erdogans ausgesetzt ist, die Tür zu Europa je nach unserem Wohlverhalten zu öffnen oder zu schließen und daß die Kontribution an den Türken aus Milliarden europäischer Steuergeldern besteht? So manchem Journalisten, der sich in Leitartikeln oder Berichten mit dem Zeitgeschehen befaßt, gelingt es im übrigen nur schwer, Denken, Nachdenken und Schreiben in eine sinnvolle Reihung zu bringen.

Was bleibt, ist Besorgnis über den Zustand eines Berufskreises, dem das Funktionsbewußtsein zu entschwinden droht. Unverkennbare Attitüden des Gegenwartsjournalismus sind der Verzicht auf Meinungsindividualität und eine hohe Bereitschaft, sich dem Branchendiktat, dessen Zentrale im ORF angesiedelt ist, zu unterwerfen. Im Hinblick auf den im Gestus demokratischer Moral auftretenden Presserat drängt sich die Frage auf: Wie weit ist der Weg von der Schweigeempfehlung zur Schweigepflicht? ■

Andreas Kirschhofer - Bozenhardt

G'schwätz von gestern und die Handschlagqualität

Mit den Zitaten berühmter Leute ist es so eine Sache. Manche von ihnen kennzeichnen punktgenau eine Situation, werden aber dem falschen Absender zugeschrieben. Besonders aktualitätsnah ist das Bonmot „Was kümmert mich mein (dummes) G'schwätz von gestern“. Es wird gern dem legendären deutschen Kanzler Konrad Adenauer unterstellt (der Politologe Filzmaier hat das kürzlich ebenfalls getan), ansonsten aber auch mit Theodor Heuß oder sogar mit Franz Beckenbauer in Verbindung gebracht. Wirklich getan hat den Ausspruch wahrscheinlich keiner davon. Am allerwenigsten stammt er, wie eine intensive Archivrecherche ergab, von Adenauer. Abgesehen davon, daß das Wort „G'schwätz“ nicht zum Sprachgebrauch des Rheinländers gehörte, paßt es auch nicht in sein Verständnis von Politik. Adenauer war keiner, der im Handumdrehen von seinem Konzept abrückte, wenn er auf Widerstand stieß, sondern eher das Gegenteil eines Leichtfußes. Bezeichnend für ihn ist sein von noch lebenden Zeitzeugen erinnerter Ausspruch: „*Ich verstehe die Deutschen nicht: Erst sind sie gegen mich, dann für mich, dabei mache ich immer die gleiche Politik.*“ Das Zitat erfolgte, nachdem er sich den Meinungstrend der Allensbacher Demoskopie zu zentralen Problemen der Nachkriegspolitik, nämlich Aussöhnung mit Frankreich, Wiederbewaffnung und Einführung der sozialen Marktwirtschaft betrachtet hatte. In all diesen Fällen standen die Deutschen seiner Politik zunächst ablehnend gegenüber. Für Adenauer war das jedoch keineswegs Anlaß, seine Zielsetzungen zu über Bord zu werfen. Er sah darin vielmehr die Notwendigkeit, die Öffentliche Meinung durch einen Überzeugungsprozeß für sich zu gewinnen.

Die Wesenszüge von Staatsmännern wie Adenauer oder de Gaulle unterscheiden sich fundamental von denen der heutigen europäischen Entscheidungsträger. Trennmerkmale zwischen einst und jetzt sind das heutige Fehlen von visionärer Weitsicht, Prinzipientreue, Mut, Durchsetzungskraft und nicht zuletzt die Handschlagqualität gegenüber den Wählern.

Die Fairness gebietet es freilich, auch den Politikern die menschliche Irrtumsmöglichkeit einzuräumen. Sie ist vor allem dann ein Milderungsgrund, wenn Entscheidungen aus einer unzureichenden Informationslage heraus getroffen werden mußten. Ein solcher Informationsnotstand war im Hinblick auf die Flüchtlingskrise jedoch keinesfalls gegeben. Die Anzeichen für die kommende Massenzuwanderung und die Enteuropäisierung des Kontinents waren schon vor mindestens zwei Jahren nicht zu übersehen, die sozialen, demographischen und wirtschaftlichen Folgen geradezu berechenbar. Die politisch Verantwortlichen in Berlin, Wien und Brüssel mußten also wissen, was sie tun.

Die Abkehr vom Geschwätz von gestern hatte in der Geschichte fast immer schwerwiegende Folgen, manchmal zum Guten, sehr oft zum Schlechten. Bisweilen entstanden daraus Tragödien. Das wohl eindringlichste Beispiel lieferte dafür Kaiser Sigismund, als er sich 1415 um sein gestriges Geschwätz nicht mehr kümmerte und den Reformator Jan Hus dem Flammentod preisgab. ■

Aki.-



Der Kaiser Sigismund in einer zeitgenössischen Darstellung. Sein Sinneswandel kostete dem Reformator Jan Hus das Leben.

Abschottung als evolutionäres Erbe

Die ablehnende Haltung gegenüber fremden Ethnien hat auch genetische Gründe *von Klaus Nemetz*

Warum gestaltet sich die Integration von Zuwanderern, von Flüchtlingen anderer Kulturen aus dem Osten bei uns so schwierig? Warum ist dieser Prozeß mit großen Problemen behaftet? Um die prekäre Entwicklung, die auf uns hereingebrochen ist, besser zu verstehen, möchte ich als Erklärungsansatz eine Erkenntnis aus der Evolution zur Diskussion stellen.

Zunächst sollten wir aus der geschichtlichen Perspektive heraus grundsätzlich zur Kenntnis nehmen, daß das Thema „Integration versus Segregation“ die Menschheit schon seit Jahrtausenden begleitet hat. Diese Problematik ist weder ein Phänomen der Neuzeit noch ein Phänomen des aktuellen, modernen Europas. Die Brisanz der Thematik geht uns allen deshalb so nahe und trifft uns so unvorbereitet, weil die Mehrheit der Nachkriegsgeneration noch nie in dieser Ausprägung damit konfrontiert war. Die letzten 70 Jahre waren in den meisten westeuropäischen Ländern, insbesondere in Österreich, durch eine Phase des anhaltenden Wachstums in größtenteils homogenen Kulturen gekennzeichnet. Mit der starken Zuwanderung anderer Kulturen aus dem Osten ist die Befindlichkeit der Bevölkerung jedoch eine andere geworden. Große Teile der Österreicher lehnen das Ausmaß der Zuwanderung ab. Der Wunsch, sich abzuschotten und die Grenzen dicht zu machen, wie es derzeit in Ungarn passiert, ist auch in Österreich nicht zu verleugnen. Was steht hinter dieser Haltung, worauf ist diese Ablehnung zurückzuführen?

Die Einstellung zu Integration und Segregation ist tief ins uns verwurzelt und hat ihren Ursprung in der fernen Vergangenheit des Menschen also in evolutionären Entwicklungen. Laut Evolutionsbiologen hat sich die Entstehung der Menschheitsgeschichte in Sippen, Horden und grös-

1980 Rettet den Baum

1990 Rettet den Regenwald

2000 Rettet den Eisbär

2010 Rettet den Euro

2013 Rettet Griechenland

2015 Rettet die Flüchtlinge

2020 Rette sich, wer kann!

ren Gemeinschaften vollzogen, woraus sich immer wieder Abgrenzungen zu den „Anderen“ ergeben haben. Die Fortpflanzung hat sich daher überwiegend in den eigenen, indigenen Gruppen vollzogen. Evolutionär gesehen besteht verstärkt die Tendenz, die eigenen Gene bevorzugt in der indigenen Gruppe weiterzugeben und eine Vermischung mit „Andersartigen“ weitgehend zu vermeiden. Daraus entwickelt sich eine natürliche Barriere, ein psychologisch abgrenzendes „Wir und Ihr“ bzw. „Wir und die Anderen“. Die Neigung zur Abgrenzung tragen wir alle nach wie vor in uns. Sie hat sich zweifellos als robust erwiesen und ist Teil unseres evolutionären Erbes. Abhängig vom Wesen des Menschen und seiner ideologischen Ausrichtung manifestiert sich das Verlangen nach Abgrenzung bzw. Abschottung auf der individuellen Ebene allerdings unterschiedlich stark. Ideologien können den Rassismus, der hinter der Schranke „Wir versus die Anderen“ schlummert, gefährlich verstärken, aber nicht erschaffen, denn die evolutionäre Disposition ist grundsätzlich gegeben und sitzt tief.

Die Entwicklung des Homo Sapiens hat über die letzten 200.000 Jahre gemeinsam mit umweltbedingten adaptiven Veränderungen und Anpassungen (Darwin) zur Entstehung der unterschiedlichen Rassen bzw. Ethnien geführt. Die heutige Wissenschaft bevorzugt interessanterweise den Begriff Ethnien anstatt Rassen, weil die genetischen Unterschiede beispielsweise zwischen Asiaten und Europäern bzw. Afrikanern und Europäern nur ca. 1/100 des Genoms ausmachen. Dieser Unterschied ist, wissenschaftlich betrachtet zu gering, um von unterschiedlichen Rassen zu sprechen. Als Ergänzung

dazu ist bemerkenswert, daß die genetische Variation innerhalb der Ethnien (z.B. innerhalb der weißen Europäer) deutlich größer ist als, wie gesagt, zwischen den unterschiedlichen Ethnien.

“ Die Psychologie hat nachgewiesen, daß der Mensch dem Anderen vorallem in Erstreaktionen mit Mißtrauen und Skepsis begegnet.

Die psychologische Wissenschaft hat nachgewiesen, daß der Mensch dem Fremden, dem Anderen vor allem in den Erstreaktionen mit Mißtrauen und Skepsis begegnet. Man neigt dazu, auf Distanz zu gehen, denn das Andere (z.B. Zuwanderer aus einer fremden Kultur) könnte eine Bedrohung darstellen, beispielsweise eine Bedrohung auf der Ebene der eigenen Werte und Lebensgewohnheiten, der Religion, des Wohlstandes und letztlich auch auf der Ebene der Gene, denn eine Vermischung der eigenen Nachkommen mit den Genen anderer Ethnien wird von Vielen nicht gewünscht.

Diese bewußten oder unbewußten Reaktionen der Abgrenzung, die Teil unseres evolutionären Erbes sind, führen dazu, daß Barrieren aufgebaut werden und gegenseitige Ablehnung entsteht. Was dieses Reaktionsmuster in der aktuellen Zuwanderung verstärkt, ist die Tatsache, daß es der Entstehung von kulturellen Ghettos in Form von Parallelgesellschaften Vorschub leistet. Die wechselseitige Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Kulturen kommt in dieser polarisierenden *Wir-Ihr-Situation* viel zu kurz. Die erforderliche Anpassung und Integration wird in der Folge massiv erschwert. Ghettobildung verstärkt den Eindruck des „Andersartigen“ und fördert rassistisches Denken. Das ist äußerst problematisch, denn der bekannte Evolutionsbiologe Josef Reichholf warnt davor, dass Rassismus nicht aus der Welt ge-



Dr. Klaus Nemetz (PhD)

verbrachte acht Jahre an amerikanischen Universitäten: Zuerst an der Columbia-Universität, an der er promoviert wurde, anschließend als Hochschullehrer am Kean-College of New Jersey. Anfangs der 80er Jahre kehrte der gebürtige Steirer nach Österreich zurück und widmete sich in Linz der Markt- und Meinungsforschung. 1992 gründete er gemeinsam mit DI Peter Bruckmüller das Spectra-Institut.

schaffen ist und nur „pseudo-sozialisiert“ werden kann. Evolutionär gesehen sind wir nach wie vor damit belastet und die Geschichte des letzten Jahrhunderts ist ein mehr als aktueller Beweis dieser These.

Die Zuwanderung anderer Kulturen ist in Österreich und in Europa ein Faktum. Aufgrund des enormen Gefahrenpotenzials das im „pseudo-sozialisierten Rassismus“ schlummert, muß auf beiden Seiten alles getan werden um mögliche negative Entwicklungen zu unterbinden. Der sehr schwierige Weg der sozialen und wirtschaftlichen Integration ist somit ein notwendiger Imperativ. Die Skepsis und die Ablehnung des Fremden ist eine Art evolutionärer Reflex. Er setzt weitgehend mühe-los ein. Integration ist dagegen mühevoller und bedarf langer Arbeit, denn große Wertedifferenzen sind zu überwinden.

Um das Beste aus der aktuellen, kritischen Situation zu machen, muß von Seiten der Zuwanderer die Pflicht zur Integration und die Pflicht zur Anpassung unter Wahrung ihrer Menschenrechte eingefordert werden. Weiters muß verlangt werden, daß unsere westliche Werteeordnung, so wie in der Verfassung festgehalten, uneingeschränkt zu akzeptieren ist. Die Demokratie tritt für Toleranz ein, das macht sie verletzlich. Die Toleranz hat aber auch Grenzen und darf nicht von dogmatisch Andersdenkenden mißbraucht werden. Die Demokratie sucht in der Regel den Dialog und dann einen möglichen Kompromiß. Wir sollten dabei aber nicht übersehen, daß der Wertekanon der eigenen Zivilisation vielfach nicht für die kulturelle Ordnung der Andersdenkenden gilt. Wir sehen es als moralische Verpflichtung an, Kompromißlösungen anzubieten, um Zugeständnisse auf der anderen Seite zu erzielen. In der aktuellen Situation muß

man jedoch aufpassen, daß doktrinäre Muslime, die bereits hier leben, diese Zugeständnisse nicht als Zeichen der Nachgiebigkeit und Schwäche auffassen.

Zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft kommt der Schule und Vorschule eine entscheidende Bedeutung zu. An erster Stelle steht dabei, daß die Kinder von Zuwanderern die deutsche Sprache erlernen müssen. Des Deutschen nicht mächtig zu sein, führt unvermeidbar zu Ausgrenzung und zum Dasein in Ghettokulturen, was vielfach Perspektivlosigkeit nach sich zieht. Kinder aus anderen Ethnien können durch Lehrer und Mitschüler sehr gut und relativ unvoreingenommen in den Wertekanon ihrer „neuen Welt“ eingeführt werden. Das unversöhnliche und blockierende „Wir- vs. Ihr-Gefühl“, das bei den Eltern der Kinder noch vorherrschen mag, wird durch die Kontakte und Interaktionen in der Schule abgeschwächt und kann so seine negativen Auswirkungen (im Sinne des evolutionären Erbes) nur bedingt entwickeln. Besser man gestaltet Entwicklungen, als sie einfach geschehen lassen. Anzustreben ist kein Gegen- sondern ein Miteinander der Kulturen. Kooperatives Verhalten war und ist ein entscheidender evolutionärer Faktor in der Entwicklung der Menschheit. Ohne Kooperation und dem damit verbundenen Altruismus würde es laut Evolutionsbiologen die Spezies „Homo Sapiens“ in der heutigen Form nicht geben.

Ungeachtet dessen stellt sich die Frage, wie sich das Zusammenwachsen zeitlich gestaltet. Sehr viel deutet darauf hin, daß uns angesichts der massiven kulturellen und religiösen Unterschiede eine möglicherweise lange konfliktbeladene Periode nicht erspart bleiben wird. ■

“ **Sehr viel deutet darauf hin, daß uns angesichts der massiven kulturellen und religiösen Unterschiede eine möglicherweise lange konfliktbeladene Periode nicht erspart bleiben wird.**

Maskerade mit Stempel

Die naive Vorstellung vom Umschmelzen der sozialen Persönlichkeit



Friedfertiger Sozialhilfeempfänger...

Der Aufschrei der Leserin Anna J. aus einem Wiener Arbeiterbezirk stand versteckt am Ende der Seite 12 des KURIER

vom 7. Dezember. Ihre Meinung war augenscheinlich nicht besonders willkommen in einer Zeitung, die sich mit Haut und Haaren der Willkommenskultur verschrieben hatte und plötzlich feststellen muß, daß die Dinge ganz anders laufen, als gedacht. Was der Leserin in schlichten Worten am Herzen lag, war dies: *„Ich wohne seit meiner Geburt in Wien-Favoriten, aber was wir hier und jetzt erleben, war noch nicht da. Ich fahre täglich mit der Straßenbahnlinie 6. Wenn man da nicht zum Anti-Ausländer wird, dann nirgends. Es wird hineingedrängt, um nur ja einen Sitzplatz zu ergattern. Sehr gern werden auch die Füße auf die gegenüberliegenden Bänke (sollten sie frei sein) gestellt. Spricht man dann die meistens Jugendlichen darauf an, kann man hören, wir sollten Türkisch lernen, denn in zwanzig Jahren sind sie die Chefs.“*

Und dann eine Sentenz voller Bitterkeit: *„Wer nicht hier lebt, hat keine Ahnung, was man aus diesem Bezirk gemacht hat, indem man so viele Ausländer geballt eingemietet hat. Wenn ich es mir leisten könnte, würde ich ausziehen.“*

Der bedrückende Leserbrief läßt die Deutung zu, daß sich eine eingewohnte Wienerin im eigenen Land am liebsten auf die Flucht begeben würde vor denen, die als Hilfesuchende zu uns kamen.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Zuwanderern aus Kleinasien, dem Nahen Osten und Afrika zwingen zur Feststellung, daß von einem harmonischen Miteinander von Einheimischen und Fremden nicht die Rede sein kann. Von einem angemessenen Gastverhalten der Migranten als Gegenstück zur Willkommenskultur ist wenig zu spüren. Was die Stammbewohner stört, ist, daß sich die häufig als ungebetene Gäste erschienenen Wohlstandspilger nicht wirklich den hiesigen Gepflogenheiten anpassen und - abgesehen von Kopftüchern und Kleidungsstil - ihre aus den Herkunftsländern mitgebrachten Traditionen ungebremst fortsetzen. Illustrativ dafür sind

„...wir sollten Türkisch lernen, denn in zwanzig Jahren sind sie die Chefs.“

die rund 150 islamischen Kindergärten in Wien, in denen unbemerkt von österreichischen Kontrollen großteils nicht deutsch, sondern arabisch geredet wird, in denen Buben und Mädchen die Suren des Koran auswendig lernen und die Kinder zur Abschottung von der „Mehrheitsbevölkerung“ vorbereitet werden. Nur mit Blindheit ist zu übersehen, daß sich die Entwicklung nicht auf ein friedliches Miteinander, sondern vielmehr in Richtung von Parallelgesell-





schaften und ethnischen Ghettos mit eigenen Spielregeln zubewegt.

“ **Toleranz ist eine feine Sache, wenn man sie sich leisten kann**“.

In der Theorie hört sich Integration gar nicht so schwer an. Nach gängigem Rezept besucht man einen Deutschkurs, bekennt sich zur Verfassung und einem Grundwertekatalog, verpflichtet sich zur Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie zum Vorrang unserer Gesetze vor der Scharia und fertig ist die Integration samt Zugang zu allen Rechten und Sozialleistungen. Fehlt nur noch der amtliche Stempel: „Integriert“ .Aber ist es das wirklich? Kann Integration so funktionieren?

Dem beschriebenen Modell liegt die Vorstellung von einem Menschentyp zugrunde von dem man Unmögliches verlangt, nämlich das radikale Umsteigen von der Kultur, in der er groß geworden ist, in eine ganz andere, die der erzogenen Lebensart in vielerlei Belangen diametral zuwiderläuft. Niemand aber kann aus seiner sozialen Haut heraus in eine andere hineinschlüpfen wie in ein neues Hemd. Niemand kann seiner Herkunft, Erziehung und Tradition abschwören und im Handumdrehen zu einer anderen Persönlichkeit umgeschmolzen werden. Echte Integration bedeutet nun einmal auch, sich in eine andere Wirk-Gemeinschaft eingebunden zu fühlen. Diese innere Bindung zu einer anderen Lebenswelt läßt sich nicht erlernen. Schlußfolgerung: Integrationskurse sind wegen der für die Kommunikation im Alltagsleben wichtigen Deutschkenntnisse zweifellos unverzichtbar. Sie können jedoch nicht die ideellen Elemente herbeizaubern, die für die Harmonie mit der Stammbevölkerung des Gastlandes vonnöten sind.

■ Toleranz als Wille zur Ohnmacht

Ganz Europa leidet gegenwärtig an den fa-

talenen Folgen der *Öffnet die Tore-Politik*, die von den Regierungen in Berlin und Wien ausgelöst wurde. Die Ernüchterung erstreckt sich sowohl auf den wirtschaftlichen, als auch sozialen Bereich und wurzelt in einem von der heimischen Gesellschaft nicht mehr verkraftbaren Übermaß an Fremdheit. Die in mehrfacher Hinsicht abgrundtiefen Unterschiede zwischen den hoch zivilisierten westlichen Wohlstandsbürgern und den Abkömmlingen orientalischer oder afrikanischer Armutsländer, in denen die Prinzipien des Koran das Verhalten prägen, sind einfach zu stark. Sie setzen sogar die empirische Erkenntnis außer Kraft, wonach der persönliche Kontakt zwischen Menschen zu einem besseren gegenseitigen Verstehen und zur Erhöhung der Sympathie führt. Das bisher unbestrittene Syndrom von *Kontakt-Information-Sympathie* gilt augenscheinlich nicht für das Aufeinandertreffen von extrem gegensätzlichen Ethnien. Dies ist ein Sachverhalt, der auf bestürzende Weise aufzeigt, daß der Versuch einer Integration von zentraleuropäischer Hochkultur und orientalischer Denktradition ein auswegloses Unterfangen darstellt. Wahrscheinlich ist nicht das harmonische ineinander Verschmelzen, sondern ein langfristiger, gnadenloser Kampf, bei dem es einen Sieger und einen Verlierer geben wird.

Wir selbst haben in dieser Auseinandersetzung die schlechteren Karten. Nicht nur biologisch und demographisch wegen unserer Überalterung, sondern auch mental, wegen unseres mangelhaften Widerstandswillens und einem fehlgeleiteten Toleranzdenken, das die Anpassung in erster Linie von der eigenen Bevölkerung einfordert. Der deutsche Publizist Henryk M. Broder vertritt dazu einen recht klaren Standpunkt: „*Toleranz ist eine feine Sache, wenn man sie leisten kann*“. Und noch deutlicher: „*Toleranz ist der Wille zur Ohnmacht*“. ■

empiricus -



Die Herren der Herrlichkeit am Weg in ihr Zielgebiet.

„Was ist uns die Familie zukünftig wert?“

Der Freiheitliche Arbeitskreis Attersee eröffnete das Veranstaltungsjahr 2016 mit einem Seminar zur Familienpolitik, das vom 5.-6. Februar im Landhotel Schicklberg bei Kremsmünster stattfand. Die Leitfrage dabei war: „Was ist uns Familie zukünftig wert?“

Den ersten Vortrag begann der Münchner IMAS-Demoskop Achim Kirschhofer mit einer Rückschau auf die historische Entwicklung von Familienmodellen, um davon ausgehend die Verhältnisse der Gegenwart den Zuhörern statistisch fassbar zu machen. Von der Anti-Baby-Pille als Symbol der Emanzipation der Frau bis zur Zukunftsfähigkeit des Pensionssystems angesichts der drohenden demographischen Katastrophe widmete sich Kirschhofer dem gesamten Spektrum des Themas. Dabei fand er auch Gelegenheit, auf Phänomene wie das Partnerwahl-Verhalten von Mann und Frau und den modernen Trend zu Single-Dasein und Lebensabschnittspartnerchaften einzugehen.

Der zweite Vortrag, der noch bei einem langen Kamingespräch ausgiebig diskutiert wurde, behandelte den Bereich der Entwicklungspsychologie. Die zertifizierte Neufeld-Kursleiterin Mag. Elke Nachtmann vermittelte den Seminaristen ein tieferes Verständnis für Eltern-Kind-Beziehungen und die geistigen und seelischen Vorgänge in Kindern. Besonde-

re Aspekte dabei waren die Situation in den sogenannten Kinderkrippen und die generelle Problematik zunehmender Bindungsstörungen, von ADHS und Sprachschätzverfall. Unter allen Vorträgen hat dieser sicher den größten Eindruck hinterlassen, da in ihm Kinder als Zweck in sich selbst gewürdigt wurden und die Kritik an der familienfeindlichen Politik der Gegenwart vom Kindeswohl-Gedanken ausging, anstatt nur finanziellen Erwägungen zu folgen.

Den dritten Vortrag des Seminars hielt der Steuerrechtsexperte Mag. Gottfried Schellmann, dem eine sowohl informative als auch kurzweilige Aufbereitung der gegenwärtigen steuerlichen Situation von Familien gelang. Neben einer Erklärung der österreichischen Rechtslage, von Kinderbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Kinderfreibetrag, Alleinverdiener-Absetzbetrag, Grundfreibetrag usw., schlug Schellmann immer wieder den Bogen zu tariflichen Regelungen in Deutschland und den

Fördersystemen anderer EU-Staaten. Dabei wurden nicht nur Missverständnisse aufgeklärt, die bis in die hohe Politik oft nicht begriffen werden, sondern auch die Vor- und Nachteile verschiedener Regelungsmöglichkeiten diskutiert.

Vier Arbeitsgruppen verdichteten im Anschluss je einen Aspekt als Querschnittsmenge zu einer kurzen Präsen-

„Was es aber vorrangig braucht, ist ein grundlegender Mentalitätswandel, damit Kinder nicht mehr als eine Last wahrgenommen werden – sondern als Geschenk.“

tation, die LHStv. Dr. Manfred Haimbuchner im Beisein von LAbg. Ulrike Wall und BR Michael Raml vorgestellt wurden. Die Themenkomplexe der Präsentationen waren: 1. Kinderbetreuung: Eltern und Staat, 2. Geschlechterbeziehungen und Familiengründung, 3. Familie im Wandel der Zeit, 4. Kinderlosigkeit und Altersvorsorge.

Als Fazit des Seminars kann gelten, dass sich eine kinderfreundliche Gesellschaft mit finanziellen Zuwendungen nicht ein-

fach künstlich erzeugen lässt, wenn gleich unter Gerechtigkeitserwägungen die österreichischen Familien längst bessergestellt werden müssten. Was es aber vorrangig braucht, ist ein grundlegender Mentalitätswandel, damit Kinder nicht mehr als eine Last wahrgenommen werden – sondern als Geschenk.

Den Vortragenden und Seminarteilnehmern sei an dieser Stelle Dank und Anerkennung für ihre Arbeit ausgesprochen! ■



**Bitte schenken Sie uns
8 Minuten
für den beigelegten Fragebogen**
Ihre Antworten sind uns wichtig!



Freiheitlicher Art *frei denken*

Der Atterseekreis

Attersee-Report

Publikationen

Kontakt / Impressum

Der Atterseekreis

Viele Probleme werden heute
überhaupt im Dunkel, Was un
über gesellschaftliche Zusam
begründete Gegenpositionen

Diesem Themenfeld widmete
Attersee, welcher unter der
Friedrich Peter gegründet wur
ein freiheitliches Manifest zur

Die Kontinuität der Aktivitäten
jedoch erfolgte eine Wiederher
Besonderer Dank gebührt F
Manfred Haimbuchner, welche
ohne dessen Schirmherrschaft

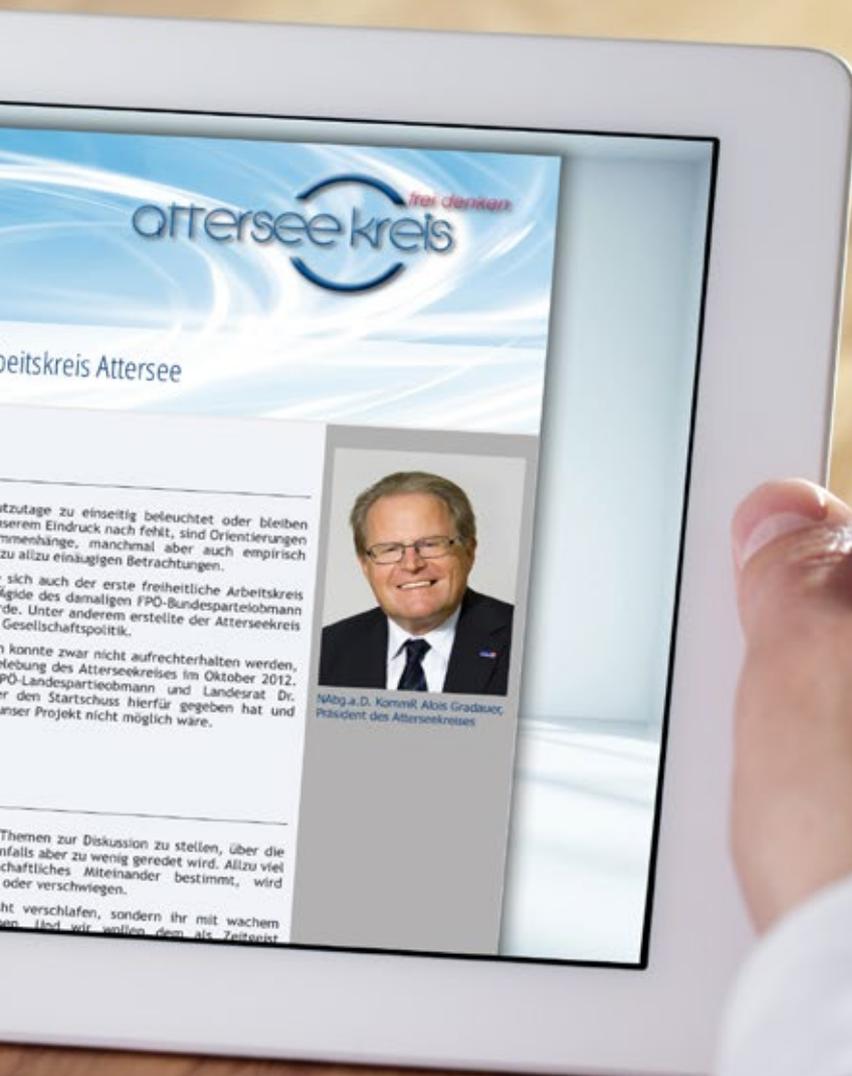
Ziel

Ziel des Atterseekreises ist es,
im politischen Alltag kaum, jede
von dem, was unser gesells
verdrängt, einseitig interpretiert

Wir wollen die Entwicklung nicht
Verstand auf den Fernen hier

Besuchen Sie
uns auch im
Internet

www.atterseekreis.at



...tztutage zu einseitig beleuchtet oder bleiben
...serem Eindruck nach fehlt, sind Orientierungen
...nmenhänge, manchmal aber auch empirisch
...zu allzu einseitigen Betrachtungen.

... sich auch der erste freiheitliche Arbeitskreis
...ägide des damaligen FPÖ-Bundesparteiobmann
...de. Unter anderem erstellte der Atterseekreis
...Gesellschaftspolitik.

... könnte zwar nicht aufrechterhalten werden,
...leitung des Atterseekreises im Oktober 2012.
...PO-Landesparteiobmann und Landesrat Dr.
...r den Startschuss hierfür gegeben hat und
...nser Projekt nicht möglich wäre.

Themen zur Diskussion zu stellen, über die
...nfalls aber zu wenig geredet wird. Allzu viel
...chaftliches Miteinander bestimmt, wird
...oder verschwiegen.

...ht verschlafen, sondern ihr mit wachem
...und wir wollen dem als Zeitgeist



Abg. a. D. Kommr. Alois Gradisar,
Präsident des Atterseekreises

